



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 04.02.2021
*öffentlich***

Ort: Videokonferenz
Zeit: 16:37 Uhr bis 19:34 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Ausschussvorsitzende
Olaf Schöder	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) Teilnahme bis 19:22 Uhr
Beate Gellert Carsten Heym	Fraktion Hauptsache Halle AfD-Stadtratsfraktion Halle Stellvertreter für Herrn Raue
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme bis 18:01 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher Josephine Jahn	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Teilnahme bis 18:45 Uhr
Kay Senius Dennis Helmich Dr. Annette Kreuzfeldt	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Teilnahme bis 19:11 Uhr
Dr. Regina Schöps Dr. Tarek Ali Angela Ernst Guido Haak Tobias Heinicke Jan Röttschke	Fraktion MitBürger & Die PARTEI Sachkundiger Einwohner Sachkundige Einwohnerin Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner Teilnahme bis 19:14 Uhr
Ines Dunker	Sachkundige Einwohnerin Teilnahme bis 19:10 Uhr

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Jörg Baus	Leiter Fachbereich Soziales
Annerose Winter	Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte

Gast:

Jan Kaltofen	Geschäftsführer Jobcenter Halle
--------------	---------------------------------

Entschuldigt fehlten:

Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Svea Detering	Sachkundige Einwohnerin
Markus Jürisch	Sachkundiger Einwohner
Elke Schwabe	Sachkundige Einwohnerin
Dr. Christine Gröger	Leiterin Fachbereich Gesundheit

zu **Einwohnerfragen**

zu **Herr Thomas zur Corona-Pandemie**

Frau Haupt sprach an, dass von Herrn Rodney Thomas zwei Fragen zu Corona vorliegen, die sie wie folgt verlas:

Die Angstmacher machen Überstunden, um Sie, die Eltern und die Lehrer mit Angst zu füllen -Angst um Ihre Gesundheit. Die Angstmacher kontrollieren Sie. Und die Angstmacher zerstören das Leben, die Kindheit und die Gesundheit unserer Kinder.

Also, hören Sie zu und hören Sie gut zu.

Corona ist eine schlimme Krankheit. Aber es ist tödlich fast ausschließlich für Leute über 70 Jahre alt mit Vorerkrankungen. Wie stehen ihre Chancen, ohne medizinische Behandlung das SARS-CoV-2-Virus zu überleben? Im Alter von 50 bis 69 Jahren 99,5 Prozent
Im Alter von 20 bis 49 Jahren 99,98 Prozent Und für Menschen unter 20 Jahren, also Kinder: Die Überlebensrate beträgt 99,997 Prozent. Wiederholung: Die Überlebensrate für Kinder 99,997 Prozent.

In den USA sowie auch in Deutschland gibt es fast keine Fälle, in denen ein Kind Covid an ein Familienmitglied oder eine dritte Person weitergegeben hat.

Und was taten unsere Behörden? Die setzten Maßnahmen, die wesentlich Kindesmissbrauch sind, durch. Was sind die Tatsachen:

Selbstmord ist für Kinder, wegen der Maßnahmen, stark gestiegen, obwohl für sie Corona keine Gefahr ist. Aufgrund der sozialen Distanzierung leiden Kinder unter Einsamkeit und Depressionen und verlieren ihre Fähigkeit, Freundschaften zu pflegen

Der Tagesspiegel berichtete: "Mediziner berichten von massiver Gewalt gegen Kinder. Da geht es um Knochenbrüche oder Schütteltraumata."

Dr. Margarite Griesz-Brisson MD, PhD Neurologin und Neurophysiologin sagt:

"Masken reduzieren den Sauerstoff und erzwingen die Wiedereinatmung von Kohlendioxid. Es gibt Nervenzellen im Hippocampus, die nicht länger als 3 Minuten ohne Sauerstoff überleben können. Die akuten Warnsymptome sind Kopfschmerzen, Schläfrigkeit, Schwindel, Konzentrationsprobleme, Verlangsamung der Reaktionszeit und Reaktionen des kognitiven Systems. Beschädigte und zerstörte Gehirnzellen können sich nicht regenerieren. Die Schädigung ist dauerhaft.

In Florida, wo es keine generellen Einschränkungen mehr gibt, sind die Schulen seit fünf Monaten ohne Maßnahmen, ohne Masken, ohne Einschränkungen geöffnet.

Es hat keine Massenausbrüche gegeben. Es hat keine Ausbreitung des Virus auf Lehrer und Eltern gegeben. In den USA und in Großbritannien war das Fernstudium ein totaler Flop und besonders schlecht für arme oder benachteiligte Kinder.

Es ist einfach nicht akzeptabel, zu sagen, dass man den Anweisungen des Robert-Koch-Instituts folgt. Es spielt keine Rolle, ob diese Richtlinien vom Robert-Koch-Institut oder von Spahn oder Merkel oder Söder oder Lauterbach oder Wieler oder Haseloff kommen. Die Sanktionen gegen unsere Kinder sind unmoralisch, völkerrechtswidrig, physisch und emotional zerstörerisch und zerstören die Kindheit und die Gesundheit unserer Kinder.

Sie haben jetzt eine klare Wahl - und alle Mitglieder dieses Ausschusses und dieses Stadtrats auch. Die Fakten sind da. Die Fakten sind seit einem Jahr bekannt.

Meine erste Frage ist: Wann werden die Stadtverwaltung und der Stadtrat den Mut haben zu sagen: Ein Befehl ist kein Befehl, wenn er unmoralisch ist. Wir machen diesem Kindesmissbrauch ein Ende.

Frau Brederlow verwies auf die Geschäftsordnung des Stadtrates, § 1a, Absatz 3 und zitierte den Satz 2 „Zugelassen sind nur Fragen von allgemeinem Interesse, die in die Zuständigkeit der Stadt fallen und Fragen, die die Tagesordnung betreffen.“ Sie stellte fest, dass diese gestellte Frage nicht in die Zuständigkeit der Stadt fällt und verwies auf das Infektionsschutzgesetz, dass ganz klare Regelungen zur Zuständigkeit beinhaltet.

Frau Haupt verlas die Folgefrage von Herrn Rodney Thomas:

Meine zweite Folgefrage lautet--und bevor Sie diese zweite Folgefrage antworten, warne ich wieder vor der Ausrede, man folge nur den unwissenschaftlichen unmoralischen Anweisungen des Robert-Koch-Instituts. So, die Frage lautet: Könnte Frau Dr. Gröger, um der ganzen Panikmache bezüglich des SARS-CoV-2-Virus entgegenzuwirken, jeden Tag bei der Pressekonferenz die Wahrheit über das Virus wiederholen, nämlich dass es fast ausschließlich für Menschen über 70 mit schweren Vorerkrankungen gefährlich oder tödlich sei und dass es für gesunde Menschen unter 49 Jahren—einschließlich unsere Kinder--absolut fast keine Gefahr darstellt? Könnte Frau Brederlow oder Frau Dr. Gröger das täglich erklären?

Frau Brederlow verwies auf das Statement des Oberbürgermeisters, dass genau diese Inhalte immer enthält und darauf verweist, dass alles genau auf der Homepage der Stadt nachgelesen werden kann.

Frau Haupt stellte fest, dass keine weiteren Anfragen vorliegen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Haupt**, eröffnete die Sitzung und wies darauf hin, dass aufgrund der Videokonferenz ein namentlicher Aufruf zur Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit erfolgen wird.

Sie machte ebenfalls darauf aufmerksam, dass alle abzustimmenden Beschlussvorlagen und Anträge mit einer namentlichen Abstimmung erfolgen werden. Sie erläuterte dieses Prozedere.

Die namentliche Abstimmung erfolgte und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wurde festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt bat darum, dass der TOP 7.1 Bericht des Jobcenters vorgezogen wird, da Herr Kaltfofen noch eine Videokonferenz hat, an welcher dieser teilnehmen muss.

Zur Ergänzung der Tagesordnung sprach **Frau Haupt** an, dass zum Tagesordnungspunkt 4.2 ein Änderungsantrag vorliegt.

Frau Haupt fragte, ob es noch Anmerkungen zur Tagesordnung gibt. Da dies nicht der Fall war, rief Frau Haupt zur namentlichen Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt.

- . Behandlung TOP 7.1
Berichterstattung Jobcenter zum Arbeitsmarktmonitor, Bildung und Teilhabe etc.
(Ergebnisse 2020 – Vorhaben 2021)
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.12.2020
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Förderung im Haushaltsjahr 2021 entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie des Abbaus von Diskriminierung auf Grund der geschlechtlichen Identität
Vorlage: VII/2020/02007
 - 4.2. Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit
Vorlage: VII/2020/02010
 - 4.2.1 Änderungsantrag der Stadträtinnen Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) und Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE) zur Beschlussvorlage Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit
Vorlage: VII/2021/02279
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sicherung der sozialen Durchmischung der Wohnbevölkerung und zum Erhalt von bezahlbarem Wohnraum in Stadtteilen durch soziale Erhaltungssatzungen
Vorlage: VII/2020/02033
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.2. Mitteilung zur Anregung von Herrn Senius zum Schlüssigen Konzept
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu Behandlung TOP 7.1
zu 7.1 Berichterstattung Jobcenter zum Arbeitsmarktmonitor, Bildung und Teilhabe etc. (Ergebnisse 2020 – Vorhaben 2021)

Frau Haupt begrüßte Herrn Kaltofen und stellte eine Frage zu den bereits vorliegenden Unterlagen. Sie wollte wissen, wie die Bürger/-innen jetzt zu den Informationen zu Bildung und Teilhabe gelangen, da es hier einige Veränderungen gibt. Außerdem wollte sie zum Vergleich mit anderen Städten eine Information.

Herr Kaltofen sagte, dass die Unterlagen mit dem Stand aus September 2020 den Mitgliedern zur Verfügung gestellt wurden. In der Stadt Halle gibt es eine hälftige Inanspruchnahme derjenigen, die einen Anspruch auf BuT-Leistungen begründen könnten. Aktuell gibt es damit den Spitzenplatz im Land Sachsen-Anhalt. Es werden in den nächsten vierzehn Tagen die Familien angeschrieben, die BuT-Leistungen in Anspruch nehmen könnten, aber aktuell noch nicht tun. Es wird auf die Unterstützungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen hingewiesen werden und welche Anträge gestellt werden können.

Auf der Homepage des Jobcenters wird sehr offensiv für die Inhalte des Bildungs- und Teilhabepaketes als auch für die aktuellen Beschlüsse des Bundes geworben, hier benannte er die Grundsicherungsleistungen und PC's für Schüler/-innen im Grundsicherungsbezug. Darüber werden auch alle Bedarfsgemeinschaften informiert, um sicherzustellen, dass auch alle Personen, die hierfür infrage kommen, informiert werden. Es gibt auch aktuelle Informationen zum Kindergeldzuschlag, die der Homepage zu entnehmen sind.

Frau Dunker fragte zum bevorstehenden Schulstart der zukünftigen Erstklässler nach. Die Elternabende verschieben sich drastisch nach hinten und damit auch die Informationen der Eltern über mögliche Lernmittel für die Kinder. Insbesondere für Familien mit schwächerem Einkommen fragte sie, ob dies über kurze Wege kommuniziert werden kann, damit die Anträge rechtzeitig eingereicht werden können und diese Eltern Unterstützung erfahren und dies gesichert ist.

Herr Kaltofen antwortete, dass dies gesichert ist. Die Leistungsanträge werden momentan innerhalb von 3 – 4 Werktagen bearbeitet, damit sind die Grundsicherungsleistungen gesichert und kommen pünktlich. Bei Bildung und Teilhabe wird alles daran gesetzt, notfalls auch mit personeller Verstärkung reagiert, wenn dies erforderlich sein sollte. Er ging davon aus, dass verstärkt im März die Anträge für die Schulmaterialien eingehen werden.

Frau Gellert fragte zu dem Bericht Jugendarbeitslosigkeit nach, in welchem erwähnt wurde, dass dieses Jahr 1796 Jugendliche arbeitslos gemeldet sind und im Jobcenter Kunden geworden sind. Sie wollte wissen, wie die momentane Situation aufgrund mangelnder Beschulung gesehen wird. Ist hier von noch mehr Jugendlichen auszugehen, die keinen Schulabschluss haben und eventuell auch nicht bekommen? Weiterhin wollte sie die Situation zu den Studierenden erfragen, da es vermehrt auch Studienabbrecher gibt, die aufgrund der Pandemielage bisher in keine Universität gehen konnten. Können diese in Berufe umgelenkt werden, wo große Bedarfe bestehen?

Herr Kaltofen ging auf die potentiellen Studienabschlussgefährdeten ein. Momentan konnte er nicht bestätigen, dass es vermehrt Zugänge durch Studienabbrecher gibt. Eventuell wird sich das erst zum Ende des nächsten Semesters zeigen. Aktuell gibt es eine enge Abstimmung mit der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft, weil es dort Potenzial gibt, wo Jugendliche für eine reguläre Erstausbildung hingelenkt werden könnten.

Inwieweit Jugendliche ohne Schulabschluss abgehen könnten, gab **Herr Kaltofen** keine Prognose ab, da bisher dazu im Jobcenter keine Erkenntnisse vorliegen. Trotz der

Pandemielage gibt es im Bereich der Agentur für Arbeit eine gute Beratungssituation in der Berufsberatung und –orientierung, die weitestgehend virtuell stattfindet.

Herr Schöder wollte wissen, ob es aufgrund der vorliegenden Statistik des Jobcenters bestimmte Schwerpunkte gibt, die am Meisten abgefragt werden.

Herr Kaltofen verwies auf die Darstellungen der Leistungsarten in dem vorliegenden Bericht. Er verwies auf die Unterscheidung nach den klassischen Leistungsarten. Für das Jobcenter ist der Leistungsbereich zum Schulbedarf, Lernförderung und Mittagsverpflegung wichtig und er ergänzte um die Leistung an der Teilhabe zum kulturellen Leben. Das Jobcenter ist schwerpunktmäßig dort zu finden, wo es um die Lernförderung und die Gestaltung an der sozialen Teilhabe geht. Dort soll den Eltern auch Hilfestellung in finanzieller Form gegeben werden. In der jetzigen Situation ist die Mittagsversorgung nur eingeschränkt möglich.

Durch **Herrn Schöder** wurde nachgefragt, ob ihm ein Antrag für die Lernförderung zugesendet werden kann, damit er diesen an Familien verteilen kann. Die Lernförderung sah er als extrem wichtig an, da momentan kein Schulunterricht geboten werden kann.

Herr Kaltofen verwies auf die Homepage des Jobcenters, auf welcher alle Anträge hinterlegt sind. Er dankte für das Engagement hier unterstützend tätig werden zu wollen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Frau Haupt** den Tagesordnungspunkt.

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.12.2020

Die Niederschrift vom 10.12.2020 wurde ohne Einwendungen namentlich bestätigt.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Strä: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Förderung im Haushaltsjahr 2021 entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie des Abbaus von Diskriminierung auf Grund der geschlechtlichen Identität
Vorlage: VII/2020/02007**

Wortprotokoll auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion

Frau Haupt

Gibt es Jemanden, der sich hier im Mitwirkungsverbot befindet?

Ich sehe Keinen, nein. Ich sehe Keinen, das macht die Abstimmung etwas leichter, das sage ich auch so ehrlich, weil wir diese dann nämlich insgesamt abstimmen können und vorher auch insgesamt darüber diskutieren können und nicht jetzt in Abschnitte oder so aufteilen müssen. So können wir dann verfahren.

Ich würde Ihnen jetzt vorschlagen, dass erstmal Frau Dr Wild, ach Frau Wild sage ich schon, Frau Wildner nochmal in die Vorlage einführt und nochmal wesentliche Dinge dazu sagt und wir dann, würde ich Sie aufrufen, generell dann zu den einzelnen Projekten und so weiter, wenn Sie eine Meinung haben, oder Fragen haben, dann so verfahren und dann, wie gesagt, darüber abstimmen.

Ich will vielleicht noch vermerken, ich finde es sehr gut, dass auch nochmal die Richtlinie angehängt ist, das hat vieles nochmal vereinfacht auch, also es war insofern auch eine gute Vorbereitung, danke. Frau Wildner, möchten Sie etwas sagen dazu?

Frau Wildner

Ja. Ja, vielen Dank. Schönen Tag an alle in der Runde. Ich muss mich zunächst entschuldigen. Es gibt auf dem Deckblatt einen formalen Fehler und den möchte ich jetzt auch noch berichtigen. Es darf natürlich nicht heißen „Der Stadtrat möge beschließen..“, sondern „Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss möge beschließen..“. Das wird dann auch im Protokoll so vermerkt. Normalerweise stand dort eigentlich üblicherweise immer Beschlussvorschlag, wir sind jetzt gehalten, die Formulierung so jetzt zu wählen und da ist bei uns jetzt leider, Entschuldigung, dieser Lapsus passiert. Aber das ändert jetzt nichts an den Vorschlägen, die ich Ihnen unterbreite.

Im Grunde genommen sind Ihnen die Träger der Einrichtungen in meinem Bereich alle hinreichend bekannt, die auch im letzten Jahr unter den schwierigen Bedingungen versucht haben, und das eigentlich auch sehr gut und aktiv in den verschiedenen Phasen der Pandemie hinbekommen haben, ihre Angebote trotz allem, nach den Möglichkeiten auch weiter aufrecht zu erhalten und anzubieten. Also da war auch die Mitwirkung und die Arbeit doch, muss ich sagen, für mich sehr gut. Alle haben aktiv mit der neuen Situation versucht, gut umzugehen.

Zu den Einrichtungen sehen Sie ja, dass die Antragslage doch wesentlich höher ist für das Jahr 2021, mit dem gleichgebliebenen Ansatz konnte ich dem allerdings nicht entsprechen und schlage Ihnen die Förderung für die Einrichtungen im Grunde analog zu 2020 vor. Die, das Land hat für 2021 bei verschiedenen Einrichtungen und zwar bei Wildwasser und auch bei Dornrosa seine Förderung erhöht. Ich denke da auch tatsächlich, dass das ja auch nicht unbegründet ist, es sind also gestiegene Bedarfe.

Bei Wildwasser zum Beispiel gibt es seit Oktober eine weitere 30 Stunden Stelle, eine weitere Beraterin, weil dort auch der Beratungsbedarf gestiegen ist. Dort gibt es also insgesamt zwei 35 Stunden Stellen, eine 30 Stunden Stelle und unsere Cofinanzierung ist aber zunächst erstmal gleichbleibend da. Da werde ich versuchen in Zukunft da auch unseren Beitrag etwas zu erhöhen.

Bei Dornrosa ist das allerdings mit den Stellen gleich geblieben. Dort ist auch nur eine 40 Stunden Stelle, die teilen sich aber zwei Personen, einmal 30, einmal 10 Stunden. Dort hat das Land aber auch Honorarkosten draufgelegt, insbesondere für Dolmetscherkosten, die sind zweckgebunden. Sie sehen also, das Land engagiert sich in den Bereichen zukünftig stärker.

Und beim BBZ lebensart hat sich das jetzt seitens des Landes noch nicht niedergeschlagen, weil die sich ja auch an der Koordinatorenstelle, die wir hier tragen, noch nicht beteiligen. Die haben ja eine zusätzliche Stelle dort geschaffen, einen Bildungsreferenten für ganz Sachsen-Anhalt Süd. Das stärkt natürlich insgesamt das BBZ, aber die Beratung, das wurde mir schon signalisiert, ist dort auch im Umfang gestiegen, insbesondere im Transgenderbereich. Auch da müssen wir fachlich auch überlegen, wie wir da in der Zukunft Möglichkeiten finden, eventuell auch stärker mit zu unterstützen.

Ansonsten, in den beiden anderen Einrichtungen wurde mir nicht mitgeteilt oder signalisiert, dass sich da insgesamt größere Veränderungen abzeichnen.

Bei den Projekten, da ist ein neues Projekt dabei unter der Nr. 3, sehen Sie, das Kollektiv Les Copines, ich kann kein Französisch, entschuldigen Sie mir bitte die schlechte Aussprache, das sind junge Frauen, auf Deutsch heißt das „Die Freundinnen“, die im Bereich Theater, Technikworkshops, also auch in diesen Bereichen aktiv geworden sind und auch weiter aktiv hier sein wollen und hier geht es insbesondere um ein Theaterstück „Frauen und Gewalt“, das in 2021 weiterentwickelt werden soll und dann auch mit Publikum, hoffe ich mal, zur Aufführung kommt. Insgesamt geht es da aber um mehr. Es geht um Workshops und noch weitere anliegende Vorhaben.

Diversity ist bekannt und Frauenpolitischer Runder Tisch natürlich auch schon lange. Die drei Projekte sind im Grunde genommen doch alle sehr verschieden. Also Frauenpolitischer Runder Tisch ist so die klassische Arbeit im Ehrenamtsbereich, in der Gleichstellungsarbeit. und die zwei anderen diversity und das Theaterkollektiv das sind die jungen Leute, die sich da jetzt aktiv auf den Weg machen. Soviel vielleicht erstmal von meiner Seite.

Frau Haupt

Vielen Dank.

Ich würde Ihnen vorschlagen, dass ich immer kurz die einzelnen Bereiche aufrufe, also hier liegt kein Änderungsantrag vor, wir können also die einzelnen aufrufen, gucke, ob es da eine Frage gibt oder wie auch immer und dann können wir nachher insgesamt abstimmen, weil hier, wie gesagt, ein Mitwirkungsverbot nicht vorliegt. Findet das so Einverständnis? Dann machen wir das so.

Das erste wäre Wildwasser. Gibt es da Anfragen oder eine Bemerkung dazu? Das sehe ich, ist nicht der Fall.

Frau Gellert

Doch, Herr Heym.

Frau Haupt

Oh, Herr Heym, das war, Entschuldigung.

Herr Heym

Dankeschön. Ich habe eigentlich mehr eine technische Frage. Und zwar, wenn ich mir die Förderrichtlinie ansehe, frage ich mich, warum wir Wildwasser hier bei der Gleichstellung haben und nicht unter 4.2 in den Anträgen behandeln. Weil, wenn ich die Förderrichtlinie hier lese, für mich passt es eben nicht richtig rein. Ich hätte da gern mal eine Erläuterung.

Frau Haupt

Ja, Frau Wildner, da würde ich Sie bitten.

Frau Wildner

Also Sie würden das eher im sozialen Bereich sehen?

Herr Heym

Ja.

Frau Wildner

Also, das ist wahrscheinlich auch so ein Stück historisch gewachsen. Aber es geht natürlich hier durchaus um Frauen und gleichstellungspolitische Schwerpunkte, weil die meisten

Opfer, die von Wildwasser betreut und begleitet werden, durchaus aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität diese Gewalt- und Missbrauchserfahrungen erleiden müssen.

Ich muss allerdings sagen, ganz ursprünglich, vielleicht so vor zwanzig Jahren oder länger, hat Wildwasser mal im Kinder- und Jugendbereich in der Förderung gestartet, allerdings ist ja die Zielgruppe jetzt nicht nur bei Kindern und Jugendlichen, sondern eben auch erwachsene Frauen überwiegend, die in ihrer Kindheit und Jugend, aber eventuell auch jetzt noch im öffentlichen Bereich durch sexuelle Übergriffe und Missbräuche, Vergewaltigungen, Opfer von solchen Straftaten geworden sind...

Frau Haut

Herr Bönisch, ich habe Sie gesehen.

Frau Wildner

...deswegen haben wir uns damals verständigt, dass die Förderung nicht weiter im Kinder- und Jugendbereich sein soll, sondern wurde hier verwaltungsintern zu mir, quasi, umgesetzt. Das ist sozusagen der Zusammenhang.

Frau Haupt

Dankeschön.

Herr Bönisch, Ihre Wortmeldung habe ich gesehen, Sie sind dran.

Herr Bönisch

Ich möchte nochmal nachfragen, eher ganz allgemein und nicht zu einem speziellen Förderfall. Die, ich sage mal so, wir leben ja in relativ unsozialen oder asozialen Zeiten und die Frage, Sie hatten schon gesagt, die hätten dann also ihre, da tapfer trotz der Bedingungen, ihre Arbeit gemacht, hat das eine Wirkung eigentlich auf die Förderkulisse, also, sollten wir mehr oder müssten wir weniger fördern, weil die Arbeit sowieso nicht stattfinden kann oder weil sie besonders schwierig ist?

Also die Frage der Sonderstellung dieses letzten Jahres, das hat ja sicher zu Erfahrungen geführt und wir haben ja jetzt schon wieder einen Monat rum und da denke ich, wir werden nicht nur den Januar unter, naja harten Lockdownbedingungen verbinden.

Ich hätte gern so eine allgemeine Aussage und möglicherweise bei dem einen oder anderen zu fördernden Verein gibt es ja vielleicht sogar eine spezifische Lage, wie Corona, berücksichtigen lässt oder berücksichtigen sollte. Das ist eine ganz allgemeine Frage, deswegen schalte ich die jetzt gleich vorneweg, die gilt auch für die anderen Punkte unter 4.2 natürlich.

Frau Wildner

Ja, ja, ich

Frau Haupt

Die 4.2 machen wir nachher. Aber jetzt ist erstmal Frau Wünscher, oh Entschuldigung, Frau Wildner für diesen Bereich zuständig, danke.

Frau Wildner

Ja also, das ist natürlich eine grundsätzliche Frage, die Herr Bönisch jetzt hier aufgeworfen hat. Also, ich würde nicht denken, dass wir jetzt hier die Förderung einstellen sollten oder verkürzen sollten, weil die Träger versuchen, mit anderen Formaten, so wie wir es jetzt auch probieren, ihre Arbeit fortzusetzen. Keiner von uns hat bisher jetzt wirklich Erfahrung, Keiner weiß, ob das dann noch so zu 100% bei denen ankommt oder nicht gleich, oder müssen sich alle erst irgendwie ein Stück daran gewöhnen, deshalb würde ich jetzt nach so einer Zeit, wo wir alle noch ganz schön rudern, da noch keine Konsequenzen in dieser Art befürworten und

eine Zulage, Sie hatten ja jetzt beide Seiten offengelassen, sozusagen, eine Zulage, die sehe ich im Moment jetzt so auch nicht wirklich.

Erstens natürlich, das kann jetzt kein Argument sein, für mich ist es aber leider eins, ich habe nicht mehr Geld ja, und andererseits wurde mir jetzt das als Begründung so auch noch nicht vorgetragen, also das jetzt wegen der Pandemie jetzt mehr Geld bräuchte, das habe ich so von Keinem meiner Träger gehört, sondern, dass sie halt versuchen, die Präsenzsachen in andere Formate umzuwandeln, sei es in einer Beratung oder auch in Veranstaltungen, aber das ist nicht immer 100% erfolgreich und ich denke, wir sollten die jetzt dafür nicht abstrafen.

Frau Haupt

Ich würde die Frage bitten, dass wir sie nachher noch mal kurz stellen oder nochmal drauf eingehen, wenn wir den anderen Bereich machen, ja Herr Bönisch.

Frau Wildner

Ich hätte vielleicht noch eine Bemerkung.

Frau Haupt

Ja, bitte.

Frau Wildner

Also ich habe die Erfahrung gemacht, ich arbeite mit meinen Trägern im Grunde ja auch schon sehr lange zusammen, also, wenn sich bei den Trägern herausstellt, dass sie, aus welchen Gründen auch immer, weniger Geld oder Geld, das sie unter Umständen schon abgefordert hatten, wenn sie das nicht für ihre Arbeit benötigen, dann zahlen sie das Geld auch zurück. Sie zeigen mir das an und das habe ich auch schon, nicht nur einmal, erlebt.

Das ist natürlich schade, weil alles, was wir wieder zurücknehmen, das kommt ja nicht wieder zurück in unseren Topf. Deshalb ermutige ich im Gegenteil eigentlich immer die Träger, dass sie versuchen sollen, wenn sie merken, das Geld kann nicht so angewendet werden, wie sie es ursprünglich vorhatten, dass sie kreativ versuchen, neue Wege für ihre Arbeit zu finden oder andere Projekte sich kurzfristig überlegen oder mit anderen in Kooperation gehen. Also möglichst vermeiden, das Geld mir anzuzeigen zur Rückforderung, weil, dann ist es für den Bereich verloren, kommt dann nur der allgemeinen, das ist auch nicht schlecht, aber nicht in unserem vordersten Sinn jetzt mal egoistisch gesagt, es kommt dann der Haushaltskonsolidierung zugute.

Frau Haupt

Gut, Frage beantwortet, Herr Bönisch, erstmal.

Weitere Wortmeldungen? Wir waren jetzt bei dem Punkt 1 immer noch, Wildwasser. Da habe ich jetzt Keinen weiter gesehen, oder? Nein.

Gut, dann gehen wir zum Punkt 2, Dornrosa e.V. Gibt es da Nachfragen? Nein, sehe ich auch nicht.

Dann nehmen wir die 3, BBZ lebensart. Frau Dr. Schöps, war das eine Wortmeldung?

Frau Dr. Schöps

Ja, sorry, war ein bisschen verspätet. War eigentlich noch zu Dornrosa.

Frau Haupt

Na denn, machen Sie noch.

Frau Dr. Schöps

Meine Frage, wir haben gehört, das Land beteiligt sich etwas höher, aber bei dem Betrag, den wir also in gleicher Höhe wie im vorigen Jahr bereitstellen, sind ja nun Tarifierpassungen und so etwas nicht möglich, wie auch in anderen Bereichen hier. Gab es da Klagen von den Trägern, dass das nicht möglich ist oder haben sie das so hingenommen?

Frau Haupt

Frau Wildner

Frau Wildner

Naja, also natürlich wird das kritisiert, das ist schon so. Sie sehen ja auch die Antragshöhe, das speist sich ja in der Regel aus tariflichen Anpassungen, aber, wie gesagt, bisher haben wir versucht, es in irgendeiner Weise immer noch hinzukriegen. Aber ich habe ja schon angekündigt, also, so für das nächste Haushaltsjahr werde ich versuchen, auch diese durchaus notwendigen Anpassungen hier im Hause voranzubringen.

Frau Haupt

Gut, Weitere habe ich jetzt nicht gesehen.

Gibt es da Fragen? Sehe ich auch nicht. dann gehen wir jetzt zum BBZ lebensart, gibt es da Nachfragen? Das ist nicht der Fall.

Dann gehen wir zum Bürgerhaus „Alternative“, gibt es da Nachfragen?

Gibt es keine Nachfragen, ich sehe Keinen.

Gut, dann nehmen wir die Beratungsstelle ProMann, gibt es da Fragen? Sehe ich auch nicht.

Dann nehmen wir den „Frauenpolitischen Runden Tisch“, Fragen? Auch nicht.

Frau Wildner

Also da würde ich selbst kurz noch etwas ergänzen.

Frau Haupt

Ja, Frau Wildner.

Frau Wildner

Wir haben ja alle in etwa, ohne, dass sie das natürlich voneinander wussten, das orientiert sich sicher an der Höchstfördersumme so ein bisschen, das sind ja für Projekte 3000 Euro, laut Richtlinie. Also die Antragslage ist so ähnlich bei den Dreien und insofern, ich hatte ja vorhin schon gesagt, es sind alle drei Projekte recht verschieden, traditionell und neu und sage ich mal, auch neue Formate. Deshalb habe ich jetzt einfach auch bei allen dreien die 900 Euro angesetzt und damit da so eine gewisse Gerechtigkeit in der Mangelwirtschaft auch da ist und unten, das ist vielleicht ein bisschen missverständlich, der dritte GAP, der leider nach wie vor in der Hausspitze zur Abstimmung liegt, die Summe ist in den 72.700 enthalten. Also das ist sozusagen enthalten in den, nicht noch zusätzlich, ja. Das sind sozusagen die Förder, der Förderansatz laut Richtlinie, die 68.645 und die 4055 insgesamt sind die 72.700. Und ich...

Frau Haupt

Und ich darf vielleicht noch ergänzen. Gab es für die, die es vielleicht noch nicht wissen, Gleichstellungsaktionsplan, das war jetzt so schnell.

Frau Wildner

Ja, genau. Und das letzte Mal hatte ich ja da die glatten 5000 sozusagen dafür zurückgehalten. Durch die ganzen Wirrungen ist das für 2020 eben leider auch nicht zum

Tragen gekommen. Man kann nicht alles mit Corona entschuldigen, aber, ja es ist halt so, wie es ist.

Deshalb habe ich in diesem Jahr gesagt, das letzte Projekt ist auch im GAP drin, also in dem Gleichstellungsaktionsplan und habe das aber trotzdem mit über die Richtlinie jetzt zur Förderung genommen, weil da auch ein Antrag vorliegt und es ist logisch, wenn der GAP dann beschlossen wird, ist das ja dann schon bedient, finanziell. Ja, aber das war mir wichtig, dass das hier dann schon mit abgearbeitet wird.

Frau Haupt

Gut. Dann sind wir ja schon bei allen dreien gewesen, also den Frauenpolitischen Runden Tisch hatte ich aufgerufen.

CORAX und das letzte neue Projekt, ich nehme es mal zusammen. Welche Fragen gibt es? Herr Schöder.

Herr Schöder

Moment, jetzt habe ich es. Eine Frage zu CORAX, das, was hier gefördert werden soll, sind doch alles Sachen, die momentan doch gar nicht gehen durch den Lockdown. Deswegen frage ich mich, wieso das überhaupt gefördert wird. Können wir nachher eigentlich im Detail abstimmen oder stimmen wir dann über alles ab?

Frau Haupt

Na eigentlich wollte ich, weil es jetzt hier möglich ist, dass man es insgesamt abstimmt, können wir das insgesamt abstimmen. Aber wenn Sie den Antrag stellen auf Einzelabstimmung, dann..

Herr Schöder

Ich will es nicht verkomplizieren, aber, ich würde hier bei CORAX, würde ich „nein“ stimmen.

Frau Wildner

Da würde ich gern was dazu sagen.

Frau Haupt

Ja bitte.

Frau Wildner

Also, Sie haben natürlich Recht. So, wie das ursprünglich, das ist ja das, was wir vorhin schon besprochen haben. Vorgesehen ist, mit den wirklichen Präsenzsachen, so geht es Allen natürlich vermutlich nicht, wir wissen es ja noch nicht, wie sich das Jahr entwickelt und auch hier müssen natürlich die Träger gucken, dass sie entweder die Formate ändern, aber die Inhalte sollten natürlich schon auch umgesetzt werden, also sage ich mal, der Sinn, der Geist der Projekte sollte realisiert werden und ansonsten, wenn das nicht stattfinden kann und die das signalisieren, dann wird das Geld, dann fordern die das Geld entweder nicht ab oder ich muss es zurückfordern.

Das wissen wir aber alle, man kann das Geld nicht einfach für irgendetwas ausgeben, also, die Gefahr besteht natürlich nicht, ja. Und wir gehen jetzt natürlich alle erstmal davon aus, Sie sehen ja auch, wie wenig das ist, das sind eins, zwei Workshops, für das Geld können sie nicht die Welt umreisen und da besteht natürlich die Hoffnung, dass da noch Möglichkeiten sich in diesem Jahr zeigen werden.

Frau Haupt

Gut, gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Sehe ich jetzt nicht.

Nun gab es die Anmerkung von Herrn Schöder, dass er hier anders abstimmen möchte. Ich meine, die Möglichkeit besteht. Die Vorlage sagt ja aus, dass wir sie insgesamt abstimmen könnten. Wenn jetzt aber Jemand den Antrag stellt, dass wir Einzelabstimmung machen oder zumindest, wir können ja auch die Einrichtungen, was hier vorn steht und die Projekte abstimmen, dann müssten Sie, Herr Schöder, nochmal einen Antrag stellen und dann müssten wir abstimmen. Dann müssen wir einzeln das alles abstimmen. Bitte, Herr Schöder.

Herr Schöder

Nein, um Gotteswillen, ich enthalte mich dann, es ist alles gut.

Frau Haupt

Dann können wir alles insgesamt abstimmen?

Herr Schöder

Tempo ist heute wichtig hier, ja.

Frau Haupt

Gut, dann stimmen wir insgesamt ab und wir haben es zur Kenntnis genommen, wir können es im Protokoll ja vermerken, aber die Abstimmung steht dann für die gesamte Vorlage, dann bleiben wir dabei, ja?

Frau Wildner

Frau Haupt, eine Bemerkung darf ich bitte noch machen.

Frau Haupt

Ja.

Frau Wildner

Ich hoffe, dass der Träger CORAX da jetzt in irgendeiner Weise nicht der Grund ist, dass Herr Schöder vielleicht da Vorbehalte hat. Weil CORAX ist ja ein großer etablierter Träger und so, das sind im Grunde, im Grunde sind das die letzten beiden relativ neuen Gruppen, die selber keinen eigenen Verein gründen wollen. Und die im Grunde genommen versuchen, etablierte Träger zu gewinnen, die Trägerschaft zu übernehmen, aber agieren dann eigentlich weiter sehr autonom. Das nur mal noch zur Erklärung.

Frau Haupt

Ich rufe nochmal auf. Habe aber jetzt keine Wortmeldung weiter gesehen, so dass wir zur Abstimmung kommen könnten, können, wollen.

Ich rufe jetzt aber zuerst die sachkundigen Einwohner/-innen auf, weil Sie uns ja mit ihrem Votum als Sachkundige beraten sollen und ich bitte wieder laut und deutlich zu sagen: Ja, Nein, Enthaltung.

Frau Rylke schreibt auch mit, sodass wir dann das Ergebnis wieder zusammenfassen können.

Herr Dr. Tarek Ali Ja.

Frau Ines Dunker Ja.

Frau Angela Ernst Ja.

Herr Guido Haak Ja.

Herr Tobias Heinicke Ja.

Und Herr Jan Röttschke Ja.

Dann war das einstimmig, das Votum der sachkundigen Einwohner/-innen.

Und ich rufe jetzt die Stadträte auf:

Herr Bernhard Bönisch Ja.

Frau Beate Gellert Ja.

Frau Ute Haupt Ja.

Herr Dennis Helmich Ja.

Herr Carsten Heym Enthaltung.

Frau Josefine Jahn Ja.

Frau Dr. Annette Kreuzfeldt Ja.

Frau Dr. Regina Schöps Ja.

Herr Olaf Schöder Enthaltung.

Herr Kay Senius Ja.

Und Frau Dr. Ulrike Wünscher Ja.

Dann war das bei zwei Enthaltungen Zustimmung zur Vorlage und dann ist die beschlossen.
Ich danke Ihnen.

Frau Wildner

Dankeschön.

Abstimmungsergebnis skE:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis StRä:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der ~~Stadtrat~~ Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss möge beschließen:

Die in der Anlage dargestellten Vorschläge für die Vergabe von Fördermitteln im Haushaltsjahr 2021, entsprechend der Gleichstellungsförderrichtlinie, werden bestätigt.

Die Ausreichung der Fördermittel steht unter dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung.

zu 4.2 Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit
Vorlage: VII/2020/02010

zu 4.2.1 Änderungsantrag der Stadträtinnen Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) und Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE) zur Beschlussvorlage Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit
Vorlage: VII/2021/02279

Frau Haupt

Dann kommen wir jetzt zur Vorlage Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit.

Hier muss ich voranschicken, also auch erstmal fragen, wer hier sich als befangen erklärt. Gibt es da Jemanden? Herr Heinicke, Herr Tarek Ali und ich.

Das macht die Sache jetzt logischerweise ein bisschen komplizierter. Wir müssen nach dem Mitwirkungsverbot ja jetzt etwas anders agieren, wir können dann die Vorlage nicht insgesamt abstimmen, sondern, ich habe heute mehrfach nochmal mit Herrn Schreyer geredet, was die Abstimmung betrifft. Und er schlägt uns Folgendes vor: Das wir nun nicht jede einzelne Maßnahme, wie es auch mal stand, sonst werden wir ja wirklich lange nicht fertig, können wir, das würde ich Ihnen vorschlagen, die einzelnen Bereiche abstimmen. Die Einführung kommt gleich noch, das habe ich nicht vergessen. Ich wollte es bloß schon mal vorneweg sagen.

Das heißt, wir können zum Beispiel Obdachlosigkeit und dann Kranke und Behinderte und so weiter, das würde ich dann immer aufrufen, das können wir dann insgesamt abstimmen. Das heißt, diejenigen, die also im Mitwirkungsverbot sind, wir Drei, da müssen wir immer gucken, wo das zutrifft, die werden dann in den Nebenraum geschaltet, also virtuell, dürfen sich dann auch an der Diskussion nicht beteiligen und natürlich dann auch nicht abstimmen.

Für den Bereich, wo ich dann nachher nicht mitstimmen darf, wird unser Stellvertreter, Herr Kai Senius dann das Ganze übernehmen, da komme ich dann nochmal zu, nachher wenn es die einzelnen Bereiche gibt, weil ich würde Ihnen gern vorschlagen, dass wir die zusammenfassen, damit ich die erstmal alle durchlaufe, also mit Ihnen gemeinsam die dann abstimme, wo ich mitmachen darf und es gibt zwei Bereiche, wo ich nicht darf, die würden wir dann zum Schluss machen. Die würde ich dann an Herr Kai Senius abgeben.

Würde das Ihre Zustimmung erstmal finden? Können wir so verfahren?
Ich sehe Kopfnicken, genau.

Und ich möchte an der Stelle schon mal darauf hinweisen, dass es einen Änderungsantrag gibt. Den würde ich vielleicht an dieser Stelle schon einmal einbringen lassen, nachdem die Verwaltung gesprochen hat. Ich bin ja Mit Antragstellerin, aber Frau Schöps wollte ihn einbringen und ich würde dann vielleicht nochmal etwas dazu sagen, warum der auch so kurzfristig ist, hat Gründe, wie auch immer.

Zur Verfahrensweise: Ich würde jetzt insgesamt erstmal die Verwaltung bitten, etwas zu sagen. Ich würde dann, ach so, ich muss erstmal noch eins klären. Herr, unsere beiden

Sachkundigen, die auch befangen sind, Sie sind auch, wenn ich das richtig sehe, Herr Heinicke, bei den Pflichtleistungen dabei, ja?

Herr Heinicke

Na bei Wohlfahrt, Kleiderkammer.

Ute Haupt

Jetzt habe ich Sie nicht verstanden.

Herr Heinicke

Im Bereich Wohlfahrt, Kleiderkammer.

Frau Haupt

Na das ist ja freiwillige Leistung, das ist ja der zweite Teil. Wenn wir..

Herr Heinicke

Im ersten nicht.

Frau Haupt

Im ersten nicht. Dann könnten wir nämlich auch, ich weiß, das ist etwas kompliziert, den ersten Teil, die Pflichtaufgaben, die könnten wir dann nämlich auch insgesamt abstimmen, wenn jetzt keiner im Mitwirkungsverbot ist.

Und die Freiwilligen dann in den einzelnen Bereichen, wie ich das schon versucht habe, zu erklären. Das würde uns ein bisschen helfen, das würde dann ein bisschen schneller gehen, sage ich mal, ja? Wenn Sie einverstanden sind? Dann würden wir das nämlich so machen.

Aber jetzt erstmal die Verwaltung zum Einbringen für den ganzen Bereich, für die ganze Vorlage. Frau Brederlow, möchten Sie erstmal etwas sagen und dann?

Frau Brederlow

Zu erstmal eine Frage von mir. Frau Winter sollte eigentlich zu dem Teil eigentlich mit zugeschaltet werden, die sehe ich jetzt gerade nicht.

Frau Haupt

Frau Rylke guckt gerade.

Frau Rylke

Ich habe Sie eintreten lassen, aber..

Frau Haupt

Sie hat sie eintreten lassen, aber wir finden sie noch nicht.

Frau Rylke

Nein, sie ist noch nicht zu sehen.

Frau Brederlow

Gut, dann wird Herr Baus die Rolle übernehmen müssen.

Also zunächst erstmal grundsätzlich, auch eingehend auf die Frage von Herrn Bönisch, die sehr berechtigt ist. Natürlich spielt Corona, auch gerade in den Bereichen, die wir hier im ermächtigten Bereich haben, eine ganz große Rolle. Wenn Sie alleine schon auf der ersten Seite gucken, das Thema Obdachlosigkeit und die Situation auch in den Bereichen, dann hat das selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Arbeitsweise der Träger an der Stelle. Glücklicherweise haben wir jetzt im zweiten Lockdown nicht die Situation, dass die Einrichtungen geschlossen sein müssen, das waren sie im ersten, Anfang des Jahres 2020.

im Moment sind sie glücklicherweise offen und insofern schlägt sich das auch durchaus nieder, das entsprechende Unterstützungsmaßnahmen hier stattfinden.

Es gibt ja seit dem letzten Jahr, seit dem ersten Lockdown auch das sogenannte Sozialdienstleister-Einsatzgesetz, was im Endeffekt den Trägern auch ermöglichen würde, auch im Bereich der Bekämpfung von Folgen der Coronapandemie an anderen Stellen auch mitzuwirken, das spielt in Halle momentan keine Rolle. Also wir haben momentan keinen Träger, der explizit sagt: „Ich kann meine normale Leistung nicht erbringen, ich biete meine Unterstützung in dem Bereich an.“

Aber natürlich haben wir schon abgewogen, an welchen Stellen hier Mehrbedarfe sind. Man muss allerdings dazu sagen, die Vorlage ist natürlich und die Anträge sind gekommen, zu einer Zeit, wo wir keinen zweiten Lockdown hatten. Also wir müssen natürlich in diesem Jahr auch sehr genau beobachten, wie die Entwicklungen sind und wir alle merken ja, dass diese Zeit jetzt den Menschen auch tatsächlich zusetzt und wir sicherlich, das erwarte ich fest im Laufe des Jahres, hier auch sehr genau beobachten müssen, welche Konsequenzen ergeben sich aus dem jetzt doch sehr lange dauernden Lockdown.

Das zur Vorrede und was die Struktur der Vorlage angeht, übergebe ich an Herrn Baus.

Frau Haupt

Herr Baus.

Herr Baus

Auch einen schönen Abend von mir. Vielleicht etwas Positives nochmal an den Anfang jetzt. Sie hatten ja 2020 für das Haushaltsjahr, für den freiwilligen Bereich, 50 000 Euro mehr und für den pflichtigen Bereich 100 000 Euro mehr und die habe ich auch dieses Jahr, sind die wieder im Haushalt auch drin. Das ist erstmal positiv. Auch wenn natürlich die Antragslage immer etwas mehr ist.

Wir haben uns dieses Mal leiten lassen, dass wir insbesondere dort auch erhöht haben, wo Personalkosten fällig sind. Da gibt es also auch entsprechende, ich will natürlich auch dazu sagen, moderate Steigerungen.

Thema Corona ist ja schon von Herrn Bönisch und auch Frau Brederlow ein Stück weit angesprochen. Ja, das hat die Arbeit der Träger verändert, also Gruppengespräche nein, Einzelgespräche ja. Das ist dann natürlich ein verstärkter Sprung, kostenmäßig wird das sicherlich auch zu mehr geführt haben, weil die Träger haben natürlich ihre Leistungen, also Personalleistungen, Mietkosten, die laufen ja auch in Zeiten von Corona. Wir haben natürlich auch aufgrund der Coronasituation ein neues Projekt aufgenommen, obwohl wir ja ansonsten gegenüber neuen Projekten etwas skeptisch sind, das ist Stichwort Obdachlosenhilfe. Da haben wir nochmal ein neues Projekt, den „Elisabethtisch“ neu aufgenommen. Das mal so vorweg.

Ich denke mir, die grundlegenden Änderungen haben wir jeweils in der Vorlage allerdings auch gekennzeichnet und besonders auch begründet.

Frau Haupt

Gut, Dankeschön. Bevor wir jetzt weitermachen. Mir ist gerade aufgefallen, dass hier auch bei den Pflichtleistungen der Ausländerbeirat mit dabei ist und da muss ich mal Herrn Tarek Ali fragen, Sie sind doch mit im Vorstand?

Herr Tarek Ali

Ja, ja, das bin ich.

Frau Haupt

Dann können wir die Vorlage doch nicht ganz so abstimmen, wie ich mir das dachte. Wir machen das dann hier genauso, dass wir die einzelnen Bereiche nehmen, die rufe ich dann entsprechend auf, wir diskutieren und Herr Tarek Ali müsste dann, da sage ich dann Frau Rylke Bescheid, bei der Zielgruppe Ratsarbeit rausgeschaltet werden und dann wieder reinkommen, ja. Das ist jetzt ein bisschen schwierig jetzt bei der, aber sonst, ja, das müssen wir so machen.

Ja? Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Ja, ich möchte nochmal spezieller nachfragen. Wir hatten im Dezember im Landtag eine Frage eines Abgeordneten und die wurde so beantwortet, es ging um die Fragen, haben unter Coronabedingungen bestimmte Effekte zugenommen? Und da ging es um einmal Haus- und Familienstreitigkeiten wurden abgefragt, wie viele bei den Notrufnummern gelandet sind; bei häuslicher Gewalt zum Zweiten und beim dritten Suizidgefahr und die Aussagen, die da von der Landesregierung getroffen wurden, nach deren Auskunft, nach Rücksprache natürlich mit den Kommunen, war die Aussage dazu, das in Halle zum Beispiel die häusliche Gewalt um 80% die Notrufzahlen zugenommen hätten, im Suizidgefahr um 13% oder 18% und bei den anderen Streitigkeiten um 13%.

Meine konkrete Frage, ist das sozusagen Ihnen deutlich geworden und hat es dort einen bestimmten Stellenmehrbedarf gegeben, der die Stadt trifft oder einzelne Träger und schlägt sich das dann jetzt in der Arbeit nieder? Ist Ihnen das so eigentlich klar, dass diese Aussagen so getroffen wurden, dass dies in diesen Bereichen so zugenommen hat?

Frau Haupt

Das ist ja noch eine allgemeine Frage, die kann ich jetzt noch so stehen lassen, wenn Alle dabei sind. Frau Brederlow, möchten Sie antworten?

Frau Brederlow

Ja, nur kurz. Also Herr Bönisch, zunächst erstmal ist es so, wenn zum Beispiel Krisentelefone oder ähnliches genutzt werden, ist dies ja erstmal gut, weil die Menschen sind dann zunächst erstmal in der Lage, sich noch Hilfe zu organisieren. Natürlich haben wir nicht im ersten Lockdown, sondern die Zeit danach gemerkt, dass auch da eine Zunahme von Hilfesuchenden war, eine genaue Zahl haben wir jetzt nicht vorliegen, das können wir Ihnen aber gern noch zuleiten. Die Zahlen, die Sie genannt haben, überraschen mich, weil ich die in der Höhe noch nicht kannte.

Herr Bönisch

Kurz zur Erläuterung noch.

Frau Haupt

Ja.

Herr Bönisch

Also hier gab es allerdings eine statistische Unzulänglichkeit und zwar wurden dort wegen der Datenschutzbestimmungen, alte Daten sind gelöscht, es geht um die Daten, die durch die Notrufnummern bekanntgeworden sind und da wurde vermehrt im Jahr 2019 nur der Dezember und für das Jahr 2020 die Monate Januar bis November, sodass man das ein bisschen hochrechnen konnte, aber das hat natürlich keine statistische Zuverlässigkeit. Aber wenn dann eben 80% auftauchen bei häuslicher Gewalt, dann wird da schon etwas dran sein, sage ich mal.

Frau Haupt

Frau Beate Gellert.

Frau Gellert

Ich muss, nein, ich möchte, das auch nochmal unterstreichen, was Herr Bönisch gesagt hat. Wir hatten gestern Fachbeirat Kinderschutz und da wurden ganz gravierende Sachen von verschiedensten Trägern, Hilfeleistern und Beratungsstellen, Polizei und was weiß ich, genannt und der Fachbeirat Kinderschutz hat sich jetzt auf die Fahne geschrieben, schnellstmöglich bestimmte Umstände in Halle, nicht Sachsen-Anhalt, sondern in Halle konkret aufzuschreiben und sich nochmal per Videochat zu treffen und konkret etwas vorzubereiten für den Sozialausschuss, aber auch für den Jugendhilfeausschuss, so nach dem Motto „Daten, Fakten und Schwerpunkte der Missstände“ oder, sagen wir mal so, der Corona- Umstände oder wie man das auch immer nennen will. Auch aus dem Bereich der Schulsozialarbeit wird da noch was kommen.

Das werden wir zusammentragen, um nochmal konkret zu sagen, wie können wir eventuell wo helfen und welche Bedarfe haben wir. Von daher hat Herr Bönisch absolut Recht, auch nochmal in der Beratung von Eltern. Das passt jetzt hier nicht direkt. Aber ich will nur mal, es wird daran gearbeitet, es ist Allen sehr, sehr bewusst, auch in der Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes sind gravierende Fälle, Frauenschutzhaus, die muss ich jetzt hier nicht alle aufzählen. Also die haben alle ganz viel zu tun, ganz gruselige Dinge, die hier gerade passieren und das müssen wir aber konkret aufbereiten und nicht sagen, ganz viel, weil ganz viel ist ja immer relativ, wir werden das nochmal aufbereiten und dann vorstellen in den einzelnen Gremien und Ausschüssen. Wäre das so okay?

Frau Haupt

Frau Brederlow wollte dazu noch etwas sagen, bitte.

Frau Brederlow

Frau Gellert, das ist sicherlich okay. Wir haben ja in der nächsten Woche im Jugendhilfeausschuss da eine erste Information bezogen auf die Familien, die da Herr Frolow bringen wird. Ich habe ja Herrn Bönisch bewusst gesagt, wir werden mal sehen, welche Zahlen tatsächlich valide von uns dazu vorliegen und die zusammenstellen, das kann ich Ihnen zusagen.

Frau Haupt

Das waren jetzt alles Vorbemerkungen. Wenn wir jetzt in die einzelnen Bereiche gehen, ich rufe die immer vorher ein, auf. Wie gesagt, wir sind bei der Vorlage, Pflichtleistungen. Deshalb habe ich nochmal geguckt.

Ich denke, Frau Schöps, ich denke, unseren Antrag werden wir nachher dann bei den Freiwilligen nachher einbringen, da passt das dann besser, nicht jetzt. Wir machen jetzt praktisch die Anlage 1, Teil 1, da geht es um die, als Erstes um die Zielgruppe Obdachlosigkeit.

Herr Heinicke muss nachher raus beim, nein, Herr Heinicke nachher nur bei den freiwilligen, ja und Herr Tarek Ali muss beim Ausländerbeirat raus, das rufe ich vorher nochmal auf.

Wir machen also zuerst die Zielgruppe Obdachlosigkeit und dazu gehören ja auf der Seite 3 Bereiche, nein 3 Träger, die rufe ich dann auf. Das ist der Evangelische Kirchenkreis, das ist die Evangelische Stadtmission und das Krankenhaus St. Elisabeth und St. Barbara, dieses neue Projekt, was vorhin schon gesagt wurde.

Die rufe ich jetzt insgesamt auf und frage, ob es hier Fragen gibt. Das sehe ich nicht, dann würde ich gleich weitergehen.

Dann kommen wir zu der Zielgruppe Kranke, Behinderte, Mittellose mit den Projekten oder Vereinen Allgemeiner Behindertenverband, AIDS-Hilfe Halle und Kreiskirchenamt, ja, die drei. Gibt es da Nachfragen? Ja, Frau Gellert.

Frau Gellert

Ja, ich habe eine Frage zur AIDS-Hilfe, warum ist das da weniger? Weil, die haben ja auch sehr viel zu tun, das haben wir ja schon mehrfach gesagt, wir wollten sie auch voriges Jahr begrüßen und beglückwünschen zum 30. Geburtstag, ging nicht. Ja warum ist da so eine gravierende Kürzung? Bei allen anderen sehe ich fast, doch Kreiskirchenamt noch, da steht es auch drin, aber bei der AIDS-Hilfe kann ich es nicht nachvollziehen.

Frau Haupt

Wer möchte antworten? Herr Baus? Ja bitte.

Herr Baus

Wenn Sie in die Begründung genau reingucken, da haben wir, die hatten vorher eine ganze Vollzeitstelle, also zu 100% und sind jetzt auf 0,88 Vollzeitstellen zurückgegangen und das macht ja, 12% eigentlich Personalkosten aus, das ist schon eine Menge und deshalb ist die Förderung geringer geworden, also weil sie weniger Stelle haben, gibt es auch weniger Geld.

Frau Haupt

Ich begrüße an der Stelle Frau Winter, die sehe ich im Hintergrund und hallo Frau Winter. Frau Gellert, das war noch nicht überzeugend?

Frau Gellert

Wenn man weiter liest, steht „...jedoch eine Personalkostensteigerung von rund 14% beantragt.“ Berücksichtigt wurde eine Pk-Steigerung von 1,5 gegenüber von 2020, berechnet aber in Anteile. Das heißt, die eine Stelle hat sich zwar auf 0,88 verringert, aber dann war trotzdem eine Personalkostensteigerung von 14%, das macht für mich nicht Abzug, sondern eher Draufschlag. Sie widersprechen sich ja selber.

Frau Haupt

Frau Brederlow und dann Frau Winter habe ich gesehen, ja.

Frau Gellert

Lassen Sie mich erstmal.

Frau Haupt

Jaja, ich habe Sie ja zuerst aufgerufen.

Frau Brederlow

Frau Gellert, es wurden 14% mehr beantragt. Bei der Überprüfung des Antrages wurde dann festgestellt, dass aber der eine Stellenanteil verringert ist, das heißt a) diese 14% Mehrbeantragung haben keine Begründung. Das ist der erste Fakt. Der zweite Fakt, den Frau Winter jetzt sicherlich erklären kann, warum dennoch die Förderung geringer ist als im letzten Jahr.

Frau Haupt

Frau Winter, jetzt können Sie bitte.

Frau Winter

Es wurden Personalkostensteigerungen angezeigt bis zu 14% und wir fördern ja in der AIDS-Hilfe eine Präventionsfachkraft, die bisher 1,0 Vollzeitstelle innehatte und jetzt für 2021 nur noch mit 0,88, das heißt 35 Stunden in der Woche, arbeitet.

Wir haben den Ansatz 2020 von den Personalkosten genommen, haben dort 1,5% Personalkostensteigerung drauf gehauen und wie gesagt, kommen dann insgesamt auf diese 36.400 Euro Zuschuss inklusive der Sachkosten. Wie gesagt, und 14% Personalkostensteigerung ist entfernt von Gut und Böse, das können wir nicht machen.

Frau Haupt

Frau Gellert, alles okay?

Frau Gellert

Naja, ich glaube, die haben anscheinend sich etwas ungünstig ausgedrückt in der Beantragung, das ist sehr bedauerlich. Aber vielleicht kann man das im nächsten Jahr nochmal korrigieren, weil, zu tun haben die wirklich viel. Dankeschön.

Frau Haupt

So, weitere Anfragen bis hierher, zu den Genannten? Sehe ich jetzt nicht.

Dann verfahren wir jetzt wie folgt: Beim nächsten muss dann Herr Tarek Ali ausgeschaltet werden, wenn es um die Ratsarbeit geht, hier. Deshalb würde ich jetzt die Bereiche immer einzeln abstimmen und ich rufe Sie auf, das heißt, erstmal Obdachlosigkeit mit diesen drei Bereichen.

Ich rufe wieder die sachkundigen Einwohner, nach dem Votum auf und dann die Stadträte, ob Sie damit einverstanden sind. Ja, verständlich? Gut.

Herr Dr. Tarek Ali Ja.

Frau Haupt

Zustimmung, ja? Also ja.

Dr. Tarek Ali Ja.

Dann Frau Ines Dunker Zustimmung.

Frau Haupt

Also dann ja.

Ja, Nein oder Enthaltung, muss ich nochmal sagen.

Frau Ernst Ja.

Herr Haak Ja.

Herr Heinicke Ja.

Herr Röttschke Ja.

Damit waren alle Ja, dann die Stadträte.

Herr Bönisch Ja.

Frau Gellert Ja.

Frau Haupt Ja.

Herr Helmich Ja.

Herr Heym Ja.

Frau Jahn Ja.

Frau Dr. Kreuzfeldt Ja.

Frau Dr. Schöps Ja.

Herr Schöder Ja.

Herr Senius Ja.

Und Frau Dr. Wünscher Ja.

Gut, dann ist das so einstimmig durch.

Wir kommen dann zur Zielgruppe Kranke, Behinderte, Mittellose. Mit der AIDS-Hilfe, Allgemeiner Behindertenverband, Kreiskirchenamt.

Wer dann auch seine Zustimmung geben möchte, mit Ja oder Nein oder Enthaltung.

Herr Dr. Tarek Ali	Ja.
Frau Dunker	Ja.
Frau Ernst	Ja.
Herr Haak	Ja.
Herr Heinicke	Ja.
Herr Röttschke	Ja.

Gut, die Stadträte.

Herr Bönisch	Ja.
Frau Gellert	Ja.
Frau Haupt	Ja.
Herr Helmich	Ja.
Herr Heym	Ja.
Frau Jahn	Ja.
Frau Dr. Kreuzfeldt	Ja.
Frau Dr. Schöps	Ja.
Herr Schöder	Ja.
Herr Senius	Ja.
Und Frau Dr. Wünscher	Ja.

Frau Haupt

Gut, damit ist das auch einstimmig durch.

Wir kommen jetzt zur Ratsarbeit und da muss jetzt *Herr Tarek Ali* erstmal in den Nebenraum. *Wir sehen uns gleich wieder. Jetzt. Er ist im Nebenraum.*

Dann rufe ich jetzt auf die Zielgruppe Ratsarbeit. Da geht es um den Ausländerbeirat und den Seniorenrat in der Stadt Halle. Gibt es da Bemerkungen, Nachfragen? Das sehe ich nicht.

Dann können wir auch gleich zur Abstimmung kommen. Ich rufe wieder auf, wie eben auch.

Herr Dr. Ali darf nicht, das müssen wir vermerken im Protokoll.

Dann ist Frau Ines Dunker die Erste. Ja

Frau Ernst	Ja.
Herr Haak	Ja.
Herr Heinicke	Ja.
Herr Röttschke	Ja.

Dann alle fünf, Zustimmung, also vom Votum her.

Die Stadträte:

Herr Bönisch	Ja.
Frau Gellert	Ja.
Frau Haupt	Ja.
Herr Helmich	Ja.
Herr Heym	Enthaltung.
Frau Jahn	Ja.
Frau Dr. Kreuzfeldt	Ja.

Frau Dr. Schöps Ja.
Herr Schöder Ja.
Herr Senius Ja.
Und Frau Dr. Wünscher Ja.

Gut, bei einer Enthaltung, alle anderen dafür, also zehnmal ja, also auch bestätigt.

Dann können wir bitte Herrn Dr. Ali Tarek wieder zuschalten.
Er ist wieder da. Jetzt kann er wieder mitmachen, gut.

Und wir kommen dann jetzt zum Pflichtbereich, Seniorinnen und Senioren.
Da sind wir bei der Stiftung Volkssolidarität Landesverband Sachsen-Anhalt und der Bürgerladen. Das sind die Projekte dazu. Gibt es da Nachfragen? Auch alles klar? Gut, müssen wir nicht verzögern.

Dann würde ich sagen, stimmen wir auch gleich wieder hier ab. Ich rufe wieder auf:

Herr Tarek Ali Ja.
Frau Dunker Ja.
Frau Ernst Ja.
Herr Haak Ja.
Herr Heinicke Ja.
Und Herr Röttschke Ja.

Das war einstimmiges Votum.

Die Stadträte:

Herr Bönisch Ja.

Aber Frau Haupt, ich muss mich jetzt leider aus der Sitzung verabschieden.

Frau Haupt

Gut, dann nehmen wir das so zur Kenntnis, danke.

Wir nehmen es ins Protokoll auf, Dankeschön. Also die Abstimmung noch ja.

Frau Gellert Ja.
Frau Haupt Ja.
Herr Helmich Ja.
Herr Heym Ja.
Frau Jahn Ja.
Frau Dr. Kreuzfeldt Ja.
Frau Dr. Schöps Ja.
Herr Schöder Ja.
Herr Senius Ja.
Frau Dr. Wünscher Ja.

Das waren alle 11, demnächst werden wir dann nur noch 10 haben, ja, für Alle.

Danke, das wäre dann auch gut. Und jetzt kommen wir dann noch zu dem Projekt Paritätische Selbsthilfe/Kontaktstelle, ist nur die Eine. Gibt es hierzu Fragen? Das sehe ich nicht, das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir da auch gleich zur Abstimmung.
Auch hier dass gleiche Prozedere.

Herr Dr. Tarek Ali	Ja.
Frau Dunker	Ja.
Frau Ernst	Ja.
Herr Haak	Ja.
Herr Heinicke	Ja.
Und Herr Röttschke	Ja.

Gut, das war auch einstimmig das Votum.

Und die Stadträte. Herr Bönisch hat jetzt gesagt, er ist nicht mehr dabei, es sind also bloß noch 10. Dann fangen wir an mit:

Frau Gellert	Ja.
Frau Haupt	Ja.
Herr Helmich	Ja.
Herr Heym	Ja.
Frau Jahn	Ja.
Frau Dr. Kreuzfeldt	Ja.
Frau Dr. Schöps	Ja.
Herr Schöder	Ja.
Herr Senius	Ja.
Und Frau Dr. Wünscher	Ja.

Frau Haupt

Also auch einstimmig, damit auch bestätigt.

Damit sind wir durch beim Pflichtbereich. Ich danke Ihnen, dann können wir das schon mal zur Seite nehmen. Ach nein, halt, das war zu schnell.

Wir haben ja noch die Zielgruppe Sucht und psychisch Kranke. Da haben wir die Jugendwerkstatt, also Labyrinth und die Stadtinsel. Gibt es da Nachfragen? Das sehe ich nicht.

Also gehen wir auch gleich wieder zur Abstimmung. Sie machen das gut, freut mich, geht schnell.

Herr Dr. Tarek Ali	Ja.
Frau Dunker	Ja.
Frau Ernst	Ja.
Herr Haak	Ja.
Herr Heinicke	Ja.
Und Herr Röttschke	Ja.

Einstimmig, einstimmig das Votum.

Die Stadträte:

Frau Gellert	Ja.
Frau Haupt	Ja.
Herr Helmich	Ja.
Herr Heym	Ja.
Frau Jahn	Ja.
Frau Dr. Kreuzfeldt	Ja.
Frau Dr. Schöps	Ja.
Herr Schöder	Ja.

Herr Senius Ja.
Und Frau Dr. Wünscher Ja.

Gut, danke. Und wir haben, das ist aber jetzt wirklich das letzte Blatt, die Schuldnerberatungsstellen. AWO, Humanisten und die Verbraucherzentrale.

Gibt es da Fragen? Das sehe ich nicht. Dann können wir auch hier gleich wieder abstimmen.

Herr Dr. Tarek´Ali Ja.
Frau Dunker Ja.
Frau Ernst Ja.
Herr Haak Ja.
Herr Heinicke Ja.
Herr Röttschke Ja.

Einstimmiges Votum, genau.

Frau Gellert Ja.
Frau Haupt Ja.
Herr Helmich Ja.
Herr Heym Ja.
Frau Dr. Kreuzfeldt Ja.

Frau Jahn habe ich vergessen.

Frau Jahn Ja.
Frau Dr. Schöps Ja.

Herr Schöder. Herr Schöder? Ist er nicht da?
Ja, dann können wir jetzt nicht abstimmen lassen.

Herr Senius Ja.
Und Frau Dr. Wünscher Ja.

Dann war das einstimmig, aber 9 Stadträte, weil Herr Schöder gerade nicht da war. Ja. Aber einstimmig.

Damit hätten wir jetzt aber, denke ich, hoffe ich, den Pflichtbereich erledigt, den haben wir jetzt abgestimmt. Ich danke Ihnen,

Jetzt kommen wir zu dem 2. Teil und zwar der Förderung von Angeboten und Projekten zur Klärung der Maßnahmen der sozialen Arbeit, also wie gesagt, der freiwillige Bereich. Halt, das war noch Pflicht.

Hier müssen wir auch wieder etwas anders abstimmen, das heißt, die Verfahrensweise ist jetzt die gleiche wie eben. Da wir jetzt aber auch wieder 2, nein, jetzt haben wir 3 Leute, die raus müssen, immer an bestimmten Bereichen, dann müssten wir das immer anzeigen.

Ich hatte schon gesagt, ich gehe raus, bei den Menschen mit Migrationshintergrund und bei den Senioren nachher, weil ich in einem Vorstand von einem Verein bin. Das will ich mal so anzeigen, das sage ich immer. Und Herr Senius übernimmt dann den Bereich. Ich hatte vorhin schon darum gebeten, das wir das hinten anstellen, damit wir nicht immer hin- und herschalten müssen. Ja.

Und Sie sagen mir dann nochmal, Herr Heinicke, Sie waren nur bei dem Bereich, helfen Sie mir nochmal.

Herr Heinicke
Kleiderkammer.

Frau Haupt
Bitte?

Herr Heinicke
Bei der Kleiderkammer, da muss ich nochmal gucken.

Frau Haupt
Das ist gleich jetzt, bei der Obdachlosigkeit, das ist gleich zuerst.

Herr Heinicke
Okay.

Frau Haupt
Ja dann sage ich gleich nochmal Bescheid. Ich habe noch 2 Worte und Herr Tarek Ali, Sie sind auch bei der Freiwilligenagentur dann immer mit raus, ja?

Herr Dr. Tarek Ali
Ich bin bei der Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund, FEMO und Freiwilligenagentur.

Frau Haupt
Ja, genau, da auch nochmal. Da muss ich ja auch raus. Dann sage ich das vorher nochmal an. Gut.

Hier würde ich auch nochmal die Verwaltung bitten, generell noch mal etwas zur Einbringung der Vorlage zu sagen und dann Frau Dr. Schöps bitten, unseren Antrag einzubringen. Ja, können wir so verfahren? Gut.

Dann bitte die Verwaltung, Frau Brederlow möchten Sie erst? Nein?

Frau Brederlow
Nein, ich bitte Frau Winter.

Frau Haupt
Gut, Frau Winter, dann dürfen Sie bitte.

Frau Winter
Im Freiwilligen Bereich, wie gesagt, wir haben auch hier neue Projekte, die im Anhang hinten dran sind, die wir zum Schluss nochmal anschauen wollen, aber im Großen und Ganzen sind das alles, oder haben wir die Projekte zur Förderung vorgeschlagen, wie 2020 in der Größenordnung. Große Änderungen hat es hier eigentlich nicht gegeben. Das einzige ist, das Projekt Spritzentausch ist zum Fachbereich 53 gewechselt, weil es unmittelbar im Zusammenhang steht, mit der Suchtberatungsstelle und alle anderen Projekte, die wir in der Förderung drin haben, würden wir vorschlagen, so wie 2020. Das war es eigentlich von meiner Seite.

Frau Haupt
Gut, Dankeschön.
Frau Schöps wollen Sie gleich?

Frau Dr. Schöps

Ja, würde ich gern und noch kurz eine Erklärung, warum der Änderungsantrag jetzt gleich behandelt werden sollte. Er betrifft zwar ein einzelnes Projekt, das von der Verwaltung abgelehnt, also Förderung abgelehnt wurde und dem wir jetzt ein wenig Förderung gewähren wollen. Aber der Vorschlag für die Deckung dieser Förderung betrifft dann eben doch mehrere Projekte, deshalb denke ich, müsste man den Antrag jetzt behandeln.

Eine kleine Voranmerkung. Ich weiß nicht, wie das bei den Anderen ist. Bei mir ist leider in Session der Antragstext nicht zu finden, nur die Kopfzeile, trotz mehrfachen Aktualisierungen. Ich hoffe, das ist bei den Anderen besser, wenn nicht, der Antragstext wurde auch nochmal per E-Mail kurz vor der Sitzung verschickt, sollte also da Jedem zugänglich sein.

So, zum Inhalt. Der Antrag meiner Person und von Frau Ute Haupt schlägt vor, eins der sogenannten neuen Projekte, das mit Förderung null von der Verwaltung vorgesehen wurde, zu fördern mit einer kleinen Summe von 6000 Euro.

Ich lese den Beschlussvorschlag für den Fall, dass nicht jeder ihn vorliegen hat, doch mal vor:

Das Projekt „Interdisziplinäre sozialmedizinische Sprechstunde für Menschen ohne Krankenversicherung“ des Trägers Medinetz Halle/Saale e.V. wird mit einer Förderung in Höhe von 6.000 EUR versehen.

Der Vorschlag der Verwaltung zur Förderung

- a) des Projekts „Angewandte – Angenommen 2021 – Brücken bauen“ des Trägers Förderverein der Deutschen aus Russland – Sachsen-Anhalt e.V. wird um 3.000 EUR auf 2.000 EUR,*
- b) des Projekts „Ambulante Betreuung und Begleitung von Familien“ des Trägers Ambulantes Kinder- und Jugendhospiz Halle wird um 2.000 EUR auf 18.000 EUR und*
- c) des Projekts „Cool TOUR inklusive 4.0“ des Trägers Mit Handicap leben e.V. wird um 1.000 EUR auf 7.200 EUR heruntersetzt.*

Ich möchte ganz kurz zu dem Vorschlag der Förderung für den Medinetz e.V. und die Deckungsvorschläge etwas sagen, weil eben der Antrag ja sehr kurzfristig kam.

Medinetz e.V. ist ein Verein, der seit längerem, nämlich seit fünf Jahren, bereits diese Beratung von Menschen, die keinen Anspruch oder keine Krankenversicherung haben, durchführt. Er ist bis jetzt ohne Förderung ausgekommen, hat in diesem Jahr eine Fördersumme von 49 000 Euro beantragt, ist von der Verwaltung abgelehnt worden, kann ich die Begründung zum Teil nachvollziehen, denn ein Großteil dieser 49000 war vorgesehen wirklich für medizinische Leistungen für diese Menschen. Aber nach Begründung der Verwaltung ist das eben auch für Menschen ohne Krankenversicherung, egal welchen Aufenthaltsstatus, jeweils anders finanzierbar.

Aber die Beratungsleistung dieses Vereins wird offensichtlich benötigt, sonst wäre das nicht seit fünf Jahren ständig nötig. Ich möchte dazu noch sagen, dass das Klientel auch ein sehr heterogenes ist, sowohl die Gruppe der EU-Ausländer/-innen ohne Versicherungsschutz, wohnungslose Menschen, ehemalige in Hartz IV Personen ohne geklärten Aufenthaltsstatus, Selbständige, die ihre Arbeit verloren haben und damit aus der privaten Krankenversicherung ausgeschieden sind usw. Das beinhaltet, dass Beratungsleistungen nötig sind, dass auch Dolmetscherleistungen ebenfalls nötig sind, dass der Verein einen kleinen Verwaltungsstandort braucht und dafür Miete zahlen muss.

Deshalb schlagen wir vor, ihn doch zu fördern in Höhe von 6000 Euro, die diesen Anteil zwar nicht üppig, aber dennoch abdecken können.

Dann noch ganz kurz zu den Deckungsvorschlägen, warum wir darauf gekommen sind. Der Deckungsvorschlag des Projektes Angekommen – Angenommen 2021, also Förderverein der Deutschen aus Russland, das schlagen wir vor zu kürzen, weil dieses Projekt erstmalig Förderung beantragt oder erstmalig gefördert werden soll. Aber es gibt bereits viele ähnlich gelagerte Angebote in Halle, deshalb können wir die volle Förderhöhe nicht nachvollziehen und schlagen diese Kürzung vor.

Der zweite Deckungsvorschlag Kinderhospiz. Es soll eine Elternzeitvertretung finanziert werden, aber da die ursprüngliche Stelle ja weiterläuft, ist für uns nicht nachvollziehbar, warum für die Elternzeitvertretung zusätzlich Mittel benötigt werden. Deshalb schlagen wir hier vor, dass wieder zu kürzen.

Und der dritte Deckungsvorschlag: Mit Handicap leben e.V., die Förderung wurde für die Durchführung von Lesungen beantragt, pandemiebedingt können diese Veranstaltungen voraussichtlich im I. Quartal dieses Jahres nicht stattfinden, deshalb da die Kürzung von 1000 Euro vorgeschlagen.

Ich bitte, das gern zu diskutieren, aber dann um Zustimmung zu diesem Antrag. Wir haben darüber nachgedacht, uns das gut überlegt, deshalb auch die späte Einbringung wegen der Deckungsvorschläge.

Frau Haupt

Dankeschön. Gestatten Sie mir einmal mit als Antragstellerin und dann nochmal was zu der Verfahrensweise zu sagen.

Als Antragstellerin kann ich nicht viel hinzufügen. Ich sage mal, wir kennen als Fraktion auch das Projekt, um das es hier gut, was wir hier fördern wollen, auch sehr gut. Wir wissen tatsächlich, dass dieser Verein eine gute Arbeit macht, wir wissen auch, dass manche Leute, auch wenn das nach Gesetz möglich ist, grundsätzlich, so wurde ja auch gesagt, einen Krankenschein zu bekommen, dass da wirklich Menschen hingehen, die das auch ein bisschen scheuen in die Verwaltung zu gehen und es gibt ja auch Leute, die noch nicht den geklärten Status haben und da auch nicht wissen, ob sie da richtig sind.

Ich will damit nur sagen, es geht hier einfach um Menschenrechte auch in gewisser Weise, deshalb hat uns die Arbeit dieses Vereins überzeugt und mit diesem Geld, was wir hier beantragen, wie gesagt, die große Summe, das hat man uns im Verein gesagt, das sehen sie ein, da ging es auch um Personalstellen, dass sie das im Prinzip auch nochmal zurückstellen würden, aber wie gesagt, wegen einer kleinen Förderung haben wir gesagt, wir versuchen das hier ihnen zu sagen. Ich will mal so sagen, es ist auch das Solidarprinzip, dass dieser Verein, deshalb auch die Vorschläge, mit den anderen Vereinen.

Es tut immer weh, wenn man irgendwo etwas wegnehmen muss oder soll oder wir eben vorschlagen, aber wie gesagt, das Solidarprinzip wollen wir hier auch ein bisschen Anwendung geben, dass wir versuchen, diesen Verein, wie gesagt, auch, dass ist unser Anliegen, das ist ja unser Recht, das erstmal so einzubringen.

Allerdings Frau Dr. Schöps, ich verstehe sehr gut, dass man das insgesamt abstimmt, das geht aber nicht, weil ich auch befangen bin, bei dem einen Punkt.

Wir müssen diese Anträge im Prinzip aufschlüsseln. Immer, wenn wir jetzt diesen Bereich aufrufen und das Projekt da drin ist, müssen wir praktisch diesen Antrag, also diese Kürzung

mitdiskutieren und abstimmen, so würde ich Ihnen das jetzt vorschlagen, weil, das können wir nicht so insgesamt machen. Gibt es da Fragen?

Frau Dr. Schöps

Gut, meinetwegen. Ich wusste jetzt nicht, ob da Befangenheit besteht bei dem einen oder anderen, das können wir auch gern so machen. Nur, dann müssen Sie darauf achten, wo es...

Frau Haupt

Das mache ich, genau bzw. Herr Senius weiß dann Bescheid, bei dem einen Projekt, das sage ich dann nochmal, ja. Damit das dann auch sauber ist und wir hier keinen Ärger bekommen, muss ich darauf hinweisen. Gut, an sich können wir jetzt loslegen, ach nein, Frau Gellert noch, bitte.

Frau Gellert

Also ich kann nur für dieses Projekt werben. Ich finde das ganz toll, weil, in Berlin gibt es das ja schon ganz häufig, die haben aber auch ein paar mehr Menschen, wir haben ja auch viele illegale Leute hier, ist egal aus welchem Land und aus welchem Grund, wir haben auch leider sehr viele Prostituierte, die jetzt wenig bis gar nicht registriert sind, weil da die Struktur in Halle ein bisschen anders ist als woanders, die auch sehr oft, sehr viel ärztliche Hilfe und Unterstützung brauchen, die auch keine Papiere oder sowas haben, das ist auch jahrelang schon Thema auch bei der AIDS-Hilfe gewesen, aber auch in anderen Kreisen und ich bitte hier auch, wirklich nochmal zu überprüfen, wie sich Halle dahingehend auf, ich sage mal, illegale notwendige Begleitung, ja, auch wenn das komisch klingt, aber es ist halt so, da Bedarfe entstehen über kurz oder lang.

Deswegen spreche ich auch nochmal für das Projekt, es ist eine tolle Sache und natürlich sind viele Ärzte bereit, das wissen die auch, die da helfen unentgeltlich und ehrenamtlich, aber für manches Scheinchen braucht man eben auch mal Geld, das ist absolut so. Man muss es im Blick behalten, das ist glaube ich wichtig, auch innerhalb der Jugendhilfe, weil, es sind ja manchmal auch junge Menschen bis 27, die da...

Frau Haupt

Frau Wünscher, ich hab Sie.

Frau Gellert

Danke gut.

Frau Haupt

Nein, ich habe bloß gesagt, Frau Wünscher, die habe ich gesehen. Wenn Sie noch nicht fertig waren, Entschuldigung, ich wollte sie nicht unterbrechen. Danke. Dann lasse ich mal jetzt zu dem Antrag noch Wortmeldungen zu und dann müssen wir, wie gesagt, aufteilen. Ja, jetzt erstmal Frau Dr. Wünscher und dann Herr Heym.

Frau Dr. Wünscher

Also ich muss mal sagen, ich finde das jetzt problematisch, was hier jetzt gemacht werden soll. Sie greifen ja in andere Projekte ganz schön rein und die Summen, die dort, um die dort gekürzt werden sollen, ich glaube mal, die kann keines dieser Projekte so einfach verkräften und wegstecken und da wäre natürlich meine erste Frage: Ist denn das, was dort angemeldet war und was die Verwaltung auch nach Prüfung vorgeschlagen hat, zu fördern, ist das da gefährdet? Und wenn ja, wie wollen wir damit umgehen?

Und wie gesagt, mir gefällt dieser Antrag in seiner Massivität nicht, auch wenn dieses Projekt, was jetzt von Ihnen so befürwortet wird, sicher seine Berechtigung hat, aber es wird ja sicher auch einen Grund geben, warum die Verwaltung sich entschieden hat, da keine Förderung zu bewilligen.

Also ich möchte wissen, wie die Projekte, wo jetzt da so reingegriffen wird, wie die dann sozusagen ihre, das was sie sich vorgenommen haben, wie sie das umsetzen können.

Frau Haupt

Diese Diskussion, das ist richtig, führen wir dann, wenn die Projekte aufgerufen werden, weil, wie gesagt, an einem, wir müssen ja auch mit der Befangenheit ja auch regeln, das machen wir dann immer und dann würde ich da auch nochmal aufrufen und die Verwaltung auch bitten, auch nochmal etwas dazu zu sagen. Da wird es vielleicht auch nochmal mehr Fragen geben, ja. Jetzt erstmal allgemeine Fragen.

Herr Heym war jetzt, ach, Frau Brederlow ja?

Herr Heym

Bin ich jetzt dran, ja?

Frau Haupt

Ja.

Herr Heym

Okay. Also, ich bin auch richtiggehend entsetzt und zwar ob der Deckungsvorschläge, die Ihr Antrag beinhaltet. Ich glaube, Familien, die sich im ambulanten Kinder- und Jugendhospiz in der Betreuung befinden, haben das schwerste Los, was man sich überhaupt vorstellen kann und an der Stelle, eine Deckung heranzuziehen für ein Projekt, was man jetzt auf die letzte Minute hier bezuschusst haben möchte, also das finde ich unsäglich. Ich frage mich wirklich allen Ernstes, welches Signal wir raussenden wollen, zumal auch überhaupt nicht geklärt ist, welche Probleme dann dort auf die Aktiven dort zukommt.

Wenn ich jetzt diese Liste durchgehe, um es mal ehrlich zu sehen, dann habe ich jetzt hier in der Freiwilligenagentur ganz oben das Projekt Beratung und Begleitung Zugewanderte durch ehrenamtliche Lotsen und Paten, das wird mit 25 000 Euro bezuschusst und ich kann mir vorstellen, dass die lange nicht in so einer Drucksituation sind, wie Familien, die sich mit dem Sterben ihrer Kinder auseinandersetzen müssen. Also ich bin richtiggehend entsetzt, wie man auf so eine Idee kommen kann. Danke.

Frau Haupt

Nehme ich zur Kenntnis. Wie gesagt, die einzelnen Projekte diskutieren wir dann immer in diesen einzelnen Bereichen.

Herr Heym

Das lässt sich an der Stelle nicht getrennt machen.

Frau Haupt

Na doch, das kann man, muss man ja.

Herr Heym

Na, Sie haben doch auch das Recht, hier einfach Gelder rauszuziehen.

Frau Haupt

Frau Brederlow erst.

Frau Brederlow

Ja, also Medinetz, das muss man erstmal ganz klar sagen, dass ist ein Partner, mit dem wir gern zusammenarbeiten. Ich habe mich eigentlich gemeldet auf die Worte von Frau Gellert hin, weil, die finde ich unfassbar.

Es geht hier nicht um Illegalität, es geht nicht um illegale Ausländer, sondern, dieses Projekt hatte sich gebildet, da ist im Übrigen auch ein ehemaliger Mitarbeiter des Gesundheitsamtes auch mitbeteiligt, hat sich gebildet, um Familien, denen es tatsächlich schwerfällt hier in dieses Gesundheitssystem reinzukommen oder sich auch schwer zurecht finden oder auch teilweise es gar nicht akzeptieren, was hier bei uns für ein entsprechendes Verfahren ist, die zu beraten und das ist auch tatsächlich an der Stelle passiert und es läuft auch gut, dass muss man ehrlicherweise auch sagen.

Und Frau Gellert, wie gesagt, um Illegalität geht es nicht, weil illegal ist illegal und die Thematik der Prostituierten da hätte ich gern von Ihnen mal, also nicht jetzt, sondern, wenn Sie da Hinweise haben, dass in Halle gegen das Prostituiertengesetz verstoßen wird, dann hätte ich dann gern mal eine Information, weil, das kann ich mir nicht vorstellen.

Frau Haupt

Jetzt war nochmal Frau Dr. Schöps.

Frau Brederlow

Ach so, nein eine Erklärung noch.

Frau Haupt

Ach so, Entschuldigung. Dann nochmal, bitte.

Frau Brederlow

Problematisch finde ich tatsächlich auch die Kürzung beim Ambulanten Kinder- und Jugendhospiz.

Frau Haupt

Da fragen wir dann nachher nochmal.

Frau Dr. Schöps.

Frau Dr. Schöps

Dazu wollte ich jetzt nochmal kurz etwas sagen, weil Herr Heym so eine Betroffenheitsdiskussion aufgemacht hat. Unser Vorschlag basiert ja darauf, dass eine Elternzeitvertretung finanziert werden soll, die wir aus rein verwaltungsmäßigen Gründen nicht nachvollziehen können, weil die Stelle ja weiter besteht. Also wir sind da der Meinung, dass, um das weiter zu betreiben wie bisher, dieser Betrag nicht nötig ist.

Wenn wir da einen Fehler gemacht haben, können Sie uns dann gleich oder nachher korrigieren Frau Brederlow, aber das war der Grund, nicht, dass wir die Arbeit des Kinder- und Jugendhospizes beeinträchtigen wollen.

Frau Haupt

Genau, ich würde da auch an der Stelle nochmal was fragen und sagen dazu, genau.

Das war erstmal so allgemein, ich, wie gesagt, nochmal, wir müssen ja immer die einzelnen aufrufen und dann können wir dazu diskutieren. Bei dem einen übernimmt dann, wie gesagt, Herr Senius.

Ich würde Ihnen jetzt vorschlagen, dass wir beginnen mit der Obdachlosigkeit und da müsste als erstes Herr Heinicke, ja, ist schon weg.

(Herr Heinicke im Mitwirkungsverbot)

So, das ist glaube relativ, nein, ich will dazu nichts sagen. Wir haben die Zielgruppe Obdachlosigkeit, wie gesagt, es geht um den freiwilligen Bereich. Hier haben wir nur den DRK Kreisverband mit der Kleiderkammer.

Gibt es dazu Fragen? Das sehe ich, nicht der Fall, dann würde ich auch gleich darüber abstimmen lassen.

Herr Tarek Ali Ja
Frau Dunker Ja
Frau Ernst Ja, ja.

Frau Haupt

Ja, jetzt habe ich Sie gehört.

Herr Haak Ja.
Herr Heinicke? Ach Herr Heinicke ist ja raus, Mensch, Quatsch.
Herr Röttschke Ja.

Gut, dann war das einstimmig und die Stadträte:

Frau Gellert Ja
Frau Haupt Ja
Herr Helmich Ja.
Herr Heym Ja.
Frau Jahn Ja.
Frau Kreuzfeldt Ja.
Frau Dr. Schöps Ja.
Herr Schöder Ja.
Herr Senius Ja.
Und Frau Dr. Wünscher Ja.

Gut. Dann können wir ihn wieder einladen.

Menschen mit Migrationshintergrund würde ich jetzt mal schieben, den Bereich, weil das dann nachher Herr Senius übernimmt.

Und ich würde mal bitte die Zielgruppe Kranke, Behinderte und Mittellose dann aufrufen. Und hier kommen wir dann, als erstes ist hier das Ambulante Kinder- und Jugendhospiz, dann die Stadtmission, Handicap, Krebsgesellschaft, Blinden- und Sehschwachenverband und der Gebärdendolmetscherverein, genau. Und der andere Antrag ist ja auch mit Handicap leben, dazu ist schon etwas gesagt worden.

Ich gestatte mir gleich nochmal auch zu dem Kinderhospiz zu fragen, weil, hier steht ja tatsächlich, Einstellung einer Elternzeitvertretung, da werden die notwendigen Personalkosten nicht von der Krankenkasse übernommen.

Das hat uns tatsächlich, ich will da nochmal beipflichten, irritiert, weil, wir haben uns erkundigt. Normalerweise ist das doch so, wenn eine Elternvertretung kommt, geht das ja weiter, die Stelle ist besetzt und wir, also wie gesagt, deshalb haben wir auch erstmal mit den 2000 Euro angefangen. Auch nochmal, es geht hier nicht um die Kinder, ich war auch selber schon mal bei dem Verein und habe da auch schon gespendet, das weiß ich, aber Sie wissen da auch, dass wir da jedes Jahr darüber diskutieren, weil wir immer diese Anschubfinanzierung machen und deshalb habe ich auch vorhin von einem Solidarprinzip gegenüber anderen Vereinen auch gesprochen, was uns da auch wichtig war.

Nochmal, uns geht es darum, der Arbeitgeber, in dem Moment der Verein, ist dafür, jawohl, muss das ja regeln mit der Elternvertretung. Aber im Prinzip geht doch dann diese Stelle weiter, die wird dann, so verstehe ich das, so hat man uns das auch immer erzählt, dass, wenn die Anschubfinanzierung gegeben ist, dann weitergeht und die Krankenkasse bezahlt

und das war für uns der Punkt, dass wir gesagt haben, hier müssen wir nachfragen und haben erstmal diese 2000 Euro dafür vorgeschlagen.

Wie gesagt, das wäre jetzt zu klären, das wäre meine erste Frage auch, die ich hätte. Kann da Jemand darauf antworten? Frau Winter?

Frau Winter

Also hier ist es tatsächlich so, die Krankenkasse übernimmt im Prinzip in dem Fall auch diese Personalkosten nicht, sondern die müssen gestellt werden aus Eigenmitteln und in dem Fall, aus den Mitteln der Förderung. Die Krankenkasse übernimmt die Kosten nur, wenn die Personalie mindestens ein Jahr tätig war dort im Hospiz und die junge Frau, die im Prinzip jetzt im Babyjahr ist, hat dieses Jahr knapp erreicht und die Elternzeitvertretung wird nicht von der Krankenkasse übernommen. Wie gesagt, hier stehen 20 000 Euro Personalkosten, die als Zuschuss bei uns beantragt wurden und 20 000 nochmal als gleiche Summe als Eigenmittel vom Träger.

Frau Haupt

Gut, dazu noch weitere Fragen oder Bemerkungen?

Also ich kann es schwer nachvollziehen, das gebe ich ehrlich zu, ich verstehe es immer noch nicht so richtig. Ich verstehe, wie Frau Winter uns das erklärt hat, aber ich habe da mein Problem mit. Es geht nicht um den Verein, sondern nur, was diese Förderung dieser Stelle betrifft. So, Herr Helmich.

Herr Helmich

Also mich irritiert das auch wirklich sehr, dass habe ich tatsächlich in so einem Zusammenhang noch nie gehört, dass, wenn die Stelleninhaberin ausscheidet kurzzeitig aufgrund der Elternzeit, das dann die Übernahme der Kosten unterbleibt, von Seiten des Kostenträgers. Das kann ich wirklich, also, das ist mir tatsächlich noch nicht untergekommen, also da bin ich ja Gott sei Dank nicht allein mit der Irritation und das kann ich nun wirklich nicht verstehen, ist das wirklich abhängig von der Stelleninhaberin und deren Zugehörigkeit zu dieser Stelle?

Das finde ich wirklich irritierend, das muss ja wohl stimmen, sonst würden Sie uns das ja nicht vorlegen, aber ich finde das wirklich, also das kann ich gar nicht verstehen, das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Frau Haupt

Weil tatsächlich, wie gesagt, nach dem Solidarprinzip dann einem anderen Verein, was wir dann hätten, dann nicht zur Verfügung steht. Wenn wir da jedes Jahr immer wieder diese Stelle fördern, die Anschubfinanzierung, das ist ein bisschen schwierig, das gebe ich zu.

Möchte sich noch Jemand äußern? Doch Frau Dunker und dann Frau Dr. Wünscher.

Frau Dunker

Also ich will hier auch nochmal eine andere Lanze brechen und zwar, ich bin selber geschulte ehrenamtliche Kinderhospizbegleiterin und auch betroffene Mutter und ich kann aus eigener Erfahrung also sagen, dass die ehrenamtliche Tätigkeit darunter nicht leiden würde, weil das sind geschulte Ehrenamtliche, die teilweise viele, viele Jahre zu den Terminen kommen, in die Familien gehen.

Es geht dort nicht, wie man oft vor Augen hat, dass das Krebskind die letzten 48 Stunden in das Hospiz kommt, sondern es geht dort um teilweise oft jahrelange Begleitung und Betreuung zu den Terminen und vor allem geht es dort um Abwechslung, dass dort Ehrenamtliche in die Familien kommen und entweder als Begleiter für die Eltern da sind oder vor allem auch für das Kind, das betroffen ist oder auch für das Geschwisterkind und das

würde darunter nicht in dem Zusammenhang zumindest nicht reduziert werden, so wie ich das verstehe. Weil die Ehrenamtlichen gehen ja trotzdem ehrenamtlich weiter in die Familien, die sind ja auch schon geschult. Ich lese auch nicht, dass die Schulungen, falls im Moment überhaupt eine stattfindet, das weiß ich nicht, darunter zu leiden hätten.

Frau Haupt

Gut. Jetzt hatte ich, wen hatte ich jetzt aufgerufen? Frau Wünscher war es zuerst und dann kommt Herr Heym, ich wusste, es war noch wer davor, Frau Wünscher war erst.

Frau Dr. Wünscher

Ja, ich möchte mal sagen, die Sache ist ja jetzt nicht geklärt und ich denke, deshalb können wir heute hier nicht so eine schwerwiegende Entscheidung treffen und wenn die Verwaltung uns sagt, dass es so ist, wie es ist und deshalb sozusagen dieses Geld dort benötigt wird, dann können wir das jetzt nicht einfach so freihändig hier mal kürzen und weiß ich, Solidarprinzip hin oder her, aber ich finde, damit erreiche ich nichts, wenn ich dem einen Verein sozusagen, der da nicht richtig arbeiten kann und ich eröffne da ein neues Feld, wo dann sozusagen Gelder hingegeben werden.

Also ich werde mich an dieser Stelle, werde ich dem von Ihnen gemachten Vorschlag, nicht zustimmen, das geht einfach nicht. Und das ist ja komplex, was Sie hier eingereicht haben, diesen Antrag und so kurzfristig, sodass man auch kaum noch die Möglichkeit hatte, sich zum Beispiel mit den entsprechenden Vereinen nochmal kurzzuschließen. Also ich kann das nur ablehnen, tut mir leid.

Frau Haupt

Herr Heym.

Herr Heym

Ja, also Frau Dunker, Ihr Engagement ist aller Ehren wert. Ich bitte aber darum, wenn Sie nicht beauftragt sind, für den Verein zu sprechen, hier keine Mutmaßungen für unsere Entscheidungen, zu unserer Entscheidungsgrundlage zu machen, von denen Sie letztlich keine Kenntnis haben und zu der Sie auch nicht beauftragt sind, diese hier anzustellen. Weil, was dort im Kinder- und Jugendhospiz jetzt für Lücken entstehen, können Sie nicht letztlich wissen, das kann, wenn dann nur, das Kinder- und Jugendhospiz beantworten. Ich finde das nicht in Ordnung, wie das hier abläuft in der Diskussion.

Frau Haupt

Gut, nehmen wir zur Kenntnis.
Herr Schöder.

Herr Schöder

Ich hatte im Chat geschrieben, ein Geschäftsordnungsantrag. Ich stelle hiermit einen Geschäftsordnungsantrag; dieses Thema zu vertagen auf die nächste Sitzung und betroffene Einrichtungen erst mal dazu zu befragen, wie sie denn damit zurechtkommen könnten.

Also ich selbst wäre überhaupt nicht dafür, dort von dieser Einrichtung etwas zu kürzen. Ich sehe das etwas anders, wie Sie das gesagt haben, Frau Dunker.

Wir hatten, glaube ich, beim letzten oder vorletzten Ausschuss über diese Gruppe schon mal gesprochen, nein, ich sehe das völlig anders. Und auch die Chefin, denke ich, sieht das auch völlig anders.

Also Geschäftsordnungsantrag. Sie können gern dagegen reden, aber das erstmal zu vertagen.

Frau Haupt

Nein, das ist doch legitim, das sind die Mittel, die wir haben. Geschäftsordnungsantrag, diesen Antrag praktisch nochmal zurückzustellen und nochmal zu klären.

Frau Brederlow, wollten Sie nochmal etwas dazu sagen, ja? Ja bitte.

Frau Brederlow

Ja Frau Haupt, dann müssten Sie den gesamten Teil Anlage 2 vertagen, weil, das bezieht sich alles auf Anlage 2 und Punkt 3 der Beschlussvorlage.

Frau Haupt

Den gesamten, also alles was wir jetzt diskutieren, müssten wir jetzt vertagen?

Frau Brederlow

Alles, was Anlage 2 betrifft, weil der Änderungsantrag bezieht sich auf alle, auf verschiedene Bereiche, die in der Anlage 2 sind und man kann ja nur innerhalb des Rahmens, den man zur Verfügung hat, auch den Antrag stellen.

Frau Haupt

Okay, also, wer möchte, ja, das war ein Geschäftsordnungsantrag, es gibt einen dafür und einen dagegen, möchte sich dazu jemand äußern? Das sehe ich nicht, dann müsste ich den Geschäftsordnungsantrag jetzt abstimmen, also das heißt, die gesamte Vorlage, Teil 2, müssen wir jetzt dann vertagen, wer dafür ist, den. Ja, das rufe ich jetzt auf, das kann ich ja nicht fragen. Als Votum:

Herr Tarek Ali	Enthaltung
Frau Ines Dunker	Enthaltung

Frau Ernst	Ja.
------------	-----

Frau Haupt

Das habe ich jetzt nicht verstanden.

Frau Ernst

Ja, ich bin für Vertagung.

Frau Haupt

Sie sind für Vertagung, gut.

Herr Haak

Frau Haupt, ich hatte mich noch gemeldet, ich hatte noch eine Rückfrage. Was hat das denn jetzt für Konsequenzen, wenn wir die gesamte Vorlage jetzt, wenn wir das zurückstellen?

Frau Haupt

Ich hatte vorher gefragt, Herr Haak, tut mir leid, wir sind jetzt in der Abstimmung.

Herr Haak

Ja, ich habe mich aber gemeldet. Ich habe mich gemeldet und habe hier auch auf Hand und habe das auch die ganze Zeit an. Da kann ich jetzt nix. Also deswegen jetzt die Frage: Wenn wir das jetzt vertagen, was hat das für Konsequenzen für die anderen Vereine?

Frau Haupt

Ja mit der Videokonferenz ist ein bisschen schwierig. Deswegen nehme ich das nochmal zurück und frage gleich nochmal. Dann unterbreche ich jetzt die Abstimmung, was wir sonst nicht machen, aber in dem Falle und würde die Verwaltung nochmal fragen, was das für Konsequenzen hat. Wer möchte antworten?

Frau Brederlow

Frau Winter.

Frau Haupt

Frau Winter bitte.

Frau Brederlow

Mikro noch an.

Frau Haupt

Jetzt.

Frau Winter

Wenn wir über den freiwilligen Bereich nicht abstimmen können, dann können wir im Prinzip auch noch keine Fördermittel ausreichen, dann können wir lediglich den Teil für den Pflichtbereich soweit fertig machen mit Bewilligungen. Aber im freiwilligen Bereich noch niemand. Und es würde auch als Konsequenz bedeuten, wir können noch keine Abschläge zahlen.

Herr Haak

Also Frau Haupt, darf ich nochmal kurz?

Frau Haupt

Ja, bitte.

Herr Haak

Also ich denke, dass wir das auch mit berücksichtigen müssen, da wir jetzt auch, meiner Meinung nach ist es ja so, dass die Antragstellung, ich befürworte das mit dem Sozialmedizinischen Dienst auch unbedingt, aber letztlich ist es ja eine technische Frage, dass der Antrag scheinbar nicht so effizient gestellt wurde und ich denke, dass wir den Änderungsantrag, inhaltlich habe ich da überhaupt keine Vorbehalte, aber ich denke, dass der Änderungsantrag von Ihnen, Frau Dr. Schöps, müssten wir zur Abstimmung stellen, ob wir den zurückweisen oder überhaupt annehmen und ich denke in dem Fall, dass wir nicht die gesamte Vorlage 4.2 jetzt deswegen zurückstellen sollten. Das ist meine Frage, ob das, also ich wäre nicht dafür.

Frau Haupt

Ja, wir haben ja vorhin gesagt, jetzt haben wir, wir müssten dann diesen Antrag hier stellen, ambulantes Kinder- und Jugendhospiz ist ja hier drin mit 20.000, wir haben den Antrag gestellt, 2000 runter zu gehen, also als Solidarprinzip, mit den anderen, ich brauche das nicht mehr zu wiederholen, das ist ein Antrag, über den müssen wir dann abstimmen, ja an der Stelle.

Aber wir haben jetzt erstmal den Geschäftsordnungsantrag, ob wir es generell verschieben oder nicht, das muss ich jetzt erstmal machen. Ich habe jetzt ausnahmsweise unterbrochen, in einer Abstimmung ist das sonst nicht üblich, weil wir, wie gesagt, mit Video ist das etwas schwierig.

Ich würde jetzt dann die Abstimmung nochmal zu dem Antrag machen, es gibt den Geschäftsordnungsantrag diese ganze Vorlage, also den zweiten Teil, freiwillige Leistungen, nochmal zu verschieben. Das war der Antrag.

Herr Tarek Ali hatte mit Enthaltung gestimmt, Frau Ines Dunker auch, Frau Ernst hatte für Verschiebung gestimmt also ja...

Ja, es gibt hier gerade den Hinweis, nochmal von vorn, dann machen wir es nochmal.

Herr Tarek Ali	Enthaltung
Frau Ines Dunker	Enthaltung
Frau Angela Ernst	Ja
Herr Guido Hakk	Ich lehne den Geschäftsordnungsantrag ab. Nein
Herr Heinicke	Enthaltung
Herr Röttschke	Enthaltung

So dann, das wäre? 1 Ja, 1 Nein, das wäre Patt, 4 Enthaltungen. Das als Votum.
Und jetzt frage ich die Stadträte:

Frau Gellert	Nein, nicht verschieben, weil die Leute ihr Geld brauchen.
Frau Haupt	Ich bin auch für Nein.
Herr Helmich	Ja
Herr Heym	Ja
Frau Jahn	Nein
Frau Dr. Kreuzfeldt	Ja
Frau Dr. Schöps	Nein
Herr Schöder	Ja
Herr Senius	Enthaltung
Frau Dr. Wünscher	Ich bin für Verschiebung, also Ja.

Moment, ich muss mal, Frau Rylke

Frau Rylke

5 mit Ja, 4 mit Nein, 1 Enthaltung.

Frau Haupt

Also die Abstimmung heißt: 5 Ja, 4 Nein und 1 Enthaltung.

Das bedeutet, dass die knappe Mehrheit für die Verschiebung dieser Vorlage ist.

Damit können wir, müssen wir den Punkt jetzt, also den 1. Teil der Vorlage, der ist beschlossen, was die pflichtigen Aufgaben betrifft und die freiwilligen Leistungen werden wir dann zur nächsten Sitzung wieder aufrufen.

Herr Schöder.

Herr Schöder

Ist das möglich, einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen, dass wir kurzfristiger die nächste Sitzung zu machen, also quasi eine Sondersitzung? Nicht, okay.

Frau Haupt

Nach Geschäftsordnung kann man Sondersitzungen einberufen, dazu muss man bestimmte Kriterien erfüllen, die jetzt in der Geschäftsordnung festgelegt sind. Da muss es eine Mehrheit geben, da müsste ich jetzt nachgucken, da müssen wir mal kurz unterbrechen.

Ich habe das hier oder wenn mehrere Stadträte das auch einberufen wollen, haben Sie es schon gefunden, Frau Rylke?

Frau Rylke

Paragraf 10

Herr Schöder

Oder ein Kompromiss?

Frau Haupt

Nein, Verschiebung der Sitzung.

Herr Schöder

Herr Helmich will was sagen.

Frau Haupt

Ja Herr Helmich.

Herr Helmich

Frau Haupt, Sie können selber auch eine Sitzung einberufen als Vorsitzende dieses Ausschusses, wenn Sie eine besondere Eilbedürftigkeit einer Entscheidung sehen und ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass die gegeben ist, trotz der Verschiebung. Insofern haben wir, glaube ich, volles Vertrauen, also ich zumindest, dass Sie das auch machen können.

Frau Haupt

Gut, ich weiß nur, wir haben das schon mal gemacht in der Vergangenheit und da waren wir mehrere Stadträte. Deshalb habe ich gesagt, ich gucke nochmal, aber wenn das so ist, wenn Sie jetzt schneller waren. Ich habe die Geschäftsordnung da, aber ich müsste jetzt suchen.

Dann können wir uns jetzt darauf verständigen, ich würde mal abstimmen lassen, wer für eine Sondersitzung ist, das würde ich schon machen, damit ich das Votum habe und dann gucken wir, wie wir das ganz schnell hinkriegen. Können wir das so machen, können wir uns darauf einigen? Ja? Das würde ich gern machen und da würde ich jetzt fragen, damit ich das Votum im Rücken habe.

Herr Tarek Ali	Ja
Frau Dunker	Ja
Frau Ernst	Ich enthalte mich
Herr Haak	Ja
Herr Heinicke	Ja
Herr Röttschke	Ja

Das war die Mehrheit bei einer Enthaltung.
Und die Stadträte:

Frau Gellert	Ja
Frau Haupt	Ja
Herr Helmich	Ja
Herr Heym	Ja
Frau Jahn	Ja
Frau Dr. Kreuzfeldt	Ja
Frau Dr. Schöps	Ja
Herr Schöder	Ja
Herr Senius	Ja
Frau Dr. Wünscher	Ja

Mit diesem Votum, habe ich das jetzt angenommen und würde in die Verhandlung mit dem Team Ratsangelegenheit gehen, wie wir das dann hinkriegen und Sie kriegen dann Bescheid und wann wir das dann machen können. Ich kann jetzt nicht sagen, morgen oder übermorgen, das müssen wir erst abklären, das wissen Sie. Gut, dann danke ich Ihnen dafür.

Und wir kommen dann zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Frau Brederlow

Stopp, stopp, Anlage 3 haben wir nicht vertagt.

Frau Haupt

Das habe ich gerade gemerkt, aber ich war jetzt so in dem anderen drin, das ist richtig. Die Anlage 3 können wir ja machen, Entschuldigung. Das war jetzt, weil das jetzt doch ein bisschen überraschend kam.

Anlage 3, bitte ich alle nochmal vorzunehmen, da geht es um die Suchtberatungen. Dazu haben wir vorhin schon etwas gehört. Hier muss auch keiner raus, es hat keiner Mitwirkungsverbot? Nein.

Hier geht es um die Suchtberatungsstellen. Sprizentausch, haben wir vorhin schon gehört, ist hier rausgenommen. Ja, gibt es hier noch Nachfragen? Gibt es nicht, nein, Ich sehe hier keine Wortmeldungen. Muss ich gucken, ist ein bisschen schwierig, dass ich keinen wieder übersehe. Nein, gut.

Dann können wir hier zur Abstimmung kommen.
Und ich fange wieder mit den sachkundigen Einwohner/-innen an.

Herr Tarek Ali	Ja
Frau Dunker	Ja
Frau Ernst	Ja
Herr Haak	Ja
Herr Heinicke	Ja
Herr Röttschke	Ja

Ja, das Votum war eindeutig, mit Ja.
Die Stadträte:

Frau Gellert	Ja
Frau Haupt	Ja
Herr Helmich	Ja
Herr Heym	Ja
Frau Jahn	Ja
Frau Dr. Kreuzfeldt	Ja
Frau Dr. Schöps	Ja
Herr Schöder	Ja
Herr Senius	Ja
Frau Dr. Wünscher	Ja

Gut, damit war das einstimmig und wir haben dann die Anlage 3 auch bestätigt damit. Danke für den Hinweis, das wäre mir jetzt untergegangen. Ja.

Ende Wortprotokoll.

**zu 4.2 Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit
Vorlage: VII/2020/02010**

Abstimmungsergebnis:

**Anlage 1 und 3 einstimmig zugestimmt
Anlage 2 vertagt**

Anlage 1

Obdachlosigkeit	einstimmig zugestimmt
Kranke/Behinderte/Mittellose	einstimmig zugestimmt
Ratsarbeit	einstimmig zugestimmt
Seniorinnen und Senioren	einstimmig zugestimmt
Paritätische Selbsthilfekontaktstelle	einstimmig zugestimmt
Sucht- und psychisch kranke Menschen	einstimmig zugestimmt
Schuldnerberatungen	einstimmig zugestimmt

Anlage 2

vertagt
nach Zustimmung GOA

Anlage 3

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestätigt

1. die Verteilung der Haushaltsmittel für die Förderung der Angebote der Träger für Projekte im pflichtigen Bereich in Höhe von 1.139.300,00 € unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2021 gemäß Anlage 1.
2. die Förderung der Angebote der Träger für Projekte im freiwilligen Bereich in Höhe von 497.500,00 € unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2021 gemäß Anlage 2. **vertagt**
3. die Ablehnung der Angebote von Trägern für Projekte im Haushaltsjahr 2021 gemäß Anlage 2. **vertagt**
4. die Förderung der Angebote von Trägern der Suchtberatungsstellen in Höhe von 774.781,53 € unter dem Haushaltsvorbehalt für das Jahr 2021 gemäß Anlage 3.

zu 4.2.1 **Änderungsantrag der Stadträtinnen Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) und Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE) zur Beschlussvorlage Förderung von Angeboten und Projekten entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der sozialen Arbeit**
Vorlage: VII/2021/02279

Abstimmungsergebnis

vertagt

Beschlussvorschlag:

Das Projekt „Interdisziplinäre sozialmedizinische Sprechstunde für Menschen ohne Krankenversicherung“ des Trägers Medinetz Halle/Saale e.V. wird mit einer Förderung in Höhe von 6.000 EUR versehen.

Der Vorschlag der Verwaltung zur Förderung

- d) des Projekts „Angewonnen – Angenommen 2021 – Brücken bauen“ des Trägers Förderverein der Deutschen aus Russland – Sachsen-Anhalt e.V. wird um 3.000 EUR auf 2.000 EUR,
- e) des Projekts „Ambulante Betreuung und Begleitung von Familien“ des Trägers Ambulantes Kinder- und Jugendhospiz Halle wird um 2.000 EUR auf 18.000 EUR und
- f) des Projekts „Cool TOUR inklusive 4.0“ des Trägers Mit Handicap leben e.V. wird um 1.000 EUR auf 7.200 EUR herabgesetzt.

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Sicherung der sozialen Durchmischung der Wohnbevölkerung und zum Erhalt von bezahlbarem Wohnraum in Stadtteilen durch soziale Erhaltungssatzungen** **Vorlage: VII/2020/02033**

Herr Senius brachte den Antrag ein und bat um Zustimmung zu dem Prüfantrag.

Herr Heym sprach an, dass er sich mit dem Baugesetz beschäftigt hat und er festgestellt hat, dass die verlangte Regelung einen Rückbau oder Änderung der Nutzung, also die Umwandlung von Wohnraum in Gewerbeimmobilien, beeinflusst. Es gibt viele Ausnahmeregelungen, die die Versagensgründe einer Genehmigung nicht möglich machen. Er äußerte grundsätzliche Bedenken, da von den Antragstellern kein einziger Stadtteil benannt wird, den sie als betroffen ansehen, der solch eine Prüfung notwendig macht.

Hier soll möglichen Investoren bereits aufgezeigt werden, welche Regelungen der Verwaltung und des Stadtrats machbar sind, was er als Außenwirkung falsch ansieht. Der Intention, dass der Wohnungsmarkt in der Stadt sehr angespannt sei, kann er nicht folgen. Soweit ihm bekannt ist, stagniert momentan der Zuzug nach Halle wieder, sodass die vorgegebenen Tendenzen für ihn nicht erkennbar sind. Mögliche Investoren werden hier eventuell von vornherein abgeschreckt, wenn dies so umgesetzt werden sollte.

Durch **Frau Gellert** wurden formaljuristische Zweifel angemeldet, da die Eigentümer eigenständig entscheiden, wie gebaut wird und wie diese Wohnungen anbieten. Sie fragte, ob überhaupt die Berechtigung besteht, so etwas aufzustellen. Ansonsten kann sie dem Antrag folgen.

Frau Dr. Schöps unterstützt diesen Prüfantrag. Das Signal nach außen sieht sie so an, dass die Sozialstruktur in den Stadtteilen der Stadt erhalten werden soll. Städte dürfen Satzungen verabschieden, bei Grundstücksvergaben der Stadt an Investoren würde das schon eine Rolle spielen.

Frau Dr. Wünscher erinnerte daran, dass bereits in vielen Ausschüssen gerade über dieses Problem mehrfach gesprochen worden ist. Die Kommune sieht sich außerstande sozialen Wohnungsbau zu betreiben. Und wenn diese das nicht vorhalten kann, bleiben nur private Investoren oder die Wohnungsgesellschaften, die es in der Stadt gibt. Die Wohnungsgesellschaften haben immer betont, dass sie diese Problematik im Blick haben

und dass bei jedem Projekt auch dieses mit berücksichtigt wird. Das sollte ernst genommen werden und davon ausgegangen werden, dass dies auch entsprechend umgesetzt wird. Für die Investoren, die noch in der Stadt ankommen wollen, findet sie diese Hürden nicht gut, die hiermit aufgetan werden sollen. Sie betonte, gegen diesen Antrag zu sein.

Frau Brederlow machte darauf aufmerksam, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt und die Stellungnahme der Verwaltung auf einen bereits existierenden Beschluss verweist, der ebenfalls in Richtung Segregation zeigt.

Ob es überhaupt umsetzbar ist, soll geprüft werden und auch die Identifikation, wo dies überhaupt umsetzbar wäre. Dieser Prüfauftrag wäre durchaus etwas, wo geschaut werden kann, ob Segregation beeinflussbar sein kann.

Durch **Herrn Senius** wurde gesagt, dass in Halle eine der ausgeprägtesten Segregationen ist und das motivierte seine Fraktion zu dem ersten Antrag, auf welchen in der Stellungnahme der Verwaltung hingewiesen wird. Die soziale Satzung setzt an dem Punkt an, dass die Baugenehmigung, die im Endeffekt in der Wirkung auf Verdrängung von bestehenden Mietern im Quartier gerichtet ist, die Möglichkeit eröffnet wird, diese zu versagen, wenn die Verwaltung zu dem Schluss kommt. Deshalb betonte er nachdrücklich, dass es nicht um die Begrenzung von Wohnraum geht oder dass Investoren abgehalten werden sollen, sondern der bestehenden Segregation soll gegengewirkt werden.

Herr Heym appellierte an die Mitglieder, sich damit vertraut zu machen, worüber hier abgestimmt werden soll und verwies auf den Paragraphen 172, der Gegenstand dieses Antrags ist, der regelt die Erhaltung baulicher Anlagen und die Eigenart von Gebieten. Es geht im Antrag darum, dass Stadteile aufgrund ihrer Durchmischung erhalten werden sollen, aufgrund ihrer Eigenart. Das muss alles juristisch sauber begründet werden. Er warnte vor der Außenwirkung an Investoren und fand dieses Signal verheerend.

Frau Dr. Wünscher erinnerte daran, dass vor einiger Zeit ein Gutachten von einem renommierten Sozialforschungsinstitut vorgestellt worden ist, aus welchem auch in Halle, wie in anderen Städten auch, Segregation beschrieben worden ist. Eine Schlussfolgerung war von den Gutachtern, dass es das alles gibt, aber keine wirksamen Mittel, um das zu verhindern.

Hier werden falsche Signale ausgesendet und letztendlich damit nichts erreicht. Die Kommune hat das getan, was in einer Kommune getan werden kann und es gibt die Selbstverpflichtung der Wohnungsunternehmen in der Stadt.

Herr Helmich zeigte sich irritiert darüber, dass hier so arg politisch an vielen Stellen diskutiert wurde. Es besteht ein Problem, was bisher von Niemandem als komplett realitätsfern abgetan wurde. Seine Fraktion wird dem Prüfauftrag zustimmen, unabhängig ob die Grundintention eventuell persönlich oder politisch als Fraktion nicht gefällt, insofern wies er darauf hin, dass die gute Praxis aus der Vergangenheit hier fortgesetzt werden sollte und einem Prüfauftrag nichts entgegensteht.

An Frau Gellerts Einwand gerichtet, sagte er, dass doch die Verwaltung sofort angezeigt hätte, wenn formaljuristisch mit dem Antrag etwas nicht in Ordnung gewesen wäre.

Frau Dr. Schöps fand es makaber, wenn die Stadträte einem Prüfauftrag, den die Verwaltung unterstützt, nicht zustimmen. Gerade im Grundstücks- und Baubereich ist das Interesse von Investoren in der heutigen Zeit sehr groß geworden und deswegen sah sie es nicht so an, dass Investoren hiermit verprellt werden könnten.

Durch **Frau Gellert** wurde gesagt, dass sie diesen Prüfauftrag sehr charmant und interessant findet und ein Prüfauftrag ist noch kein Bauantrag und demzufolge sieht sie dem Ergebnis entgegen und ist gespannt, welche Quartiere da infrage kommen.

Frau Haupt sagte, dass ihre Fraktion auch diesen Antrag unterstützen wird. Die Tatsache, dass die Mieten immer teurer werden, unterstreicht das. Es gibt auch eine soziale Verantwortung für die Bürger/-innen, die über weniger Geld verfügen.

Herr Schöder stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte, da alles gesagt wurde und deswegen bat er um Abstimmung.

Frau Haupt rief zur Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf:

Frau Gellert	Ja
Ute Haupt	Nein
Dennis Helmich	Ja
Carsten Heym	Nein
Josefine Jahn war nicht mehr anwesend.	
Frau Dr. Kreuzfeldt	Ja
Frau Dr. Schöps	Ja
Herr Schöder	Ja
Herr Senius	Ja
Frau Dr. Wünscher	Ja

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
zum GOA von Herrn Schöder

Damit wurde die Debatte beendet und **Frau Haupt** rief zur Abstimmung des Antrages auf:

Herr Tarek Ali	Ja
Frau Ines Dunker	Ja
Frau Ernst	Ja
Herr Haak	Nein
Herr Heinicke	Ja
Herr Röttschke	Ja

Abstimmungsergebnis skE: **mehrheitlich zugestimmt**

Frau Gellert	Ja
Frau Haupt	Ja
Herr Helmich	Ja
Herr Heym	Nein
Frau Dr. Kreuzfeldt	Ja
Frau Dr. Schöps	Ja
Herr Schöder	Nein
Herr Senius	Ja
Frau Dr. Wünscher	Nein

Abstimmungsergebnis Strä: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, für welche Stadtteile und Quartiere in Halle die Aufstellung von sozialen Erhaltungssatzungen nach § 172 Abs. 1 S. 1 Nr. 2

BauGB geboten ist, um die soziale Durchmischung der Wohnbevölkerung zu sichern und bezahlbaren Wohnraum zu erhalten. Ziel der stadtweiten Voruntersuchung ist die Identifikation von Verdachtsgebieten zum Erlass sozialer Erhaltungssatzungen.

2. Die Stadtverwaltung informiert bis Juni 2021 über die Ergebnisse der Voruntersuchung.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.2 Mitteilung zur Anregung von Herrn Senius zum Schlüssigen Konzept

Diese Mitteilung wurde in Session hinterlegt und zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Mitteilung zu BuT - Mittagessen

Frau Brederlow teilte mit, dass momentan mit den Caterern daran gearbeitet wird, dass für die Kinder, die Anrecht auf BuT-Mittagessen haben und aktuell nicht in die Kitas und Schulen gehen können, ein entsprechendes Angebot gemacht werden soll.. In der Vorklärung sind umfassendere Absprachen erforderlich, als dies angenommen worden ist. Sie geht davon aus, dass innerhalb der nächsten Woche ein Verfahren dazu gefunden werden kann.

Es geht darum, dass es ein einfaches Verfahren geben soll, was die Familien auch in Anspruch nehmen können. Eine Information erfolgt dann dazu.

zu 7.4 Mitteilung zur aktuellen Corona-Pandemie

Frau Brederlow sagte, dass auf der Homepage der Stadt täglich die aktuellen Informationen nachlesbar sind. Es gibt heute eine aktuelle Situation mit zwei Virenmutationen in der Stadt Halle, weswegen auch Frau Dr. Gröger an dieser Sitzung nicht teilnehmen kann. Das Hauptgebäude des Elisabethkrankenhauses musste geschlossen werden. Kranke, die vor Ort sind, werden natürlich versorgt.

Mit den neuen Virenmutationen, die auch ansteckender als die bisherigen sind, wird nicht davon ausgegangen, dass die Inzidenz sinken wird.

zu 7.5 Mitteilung zum Impfverfahren

Frau Brederlow teilte mit, dass der Bund über eine Konkretisierung der Impfverordnung berät, die seit Dezember 2020 gilt und in welcher die Kategorien der Impfreihenfolge aufgeführt sind.

Es gibt einen zweiten Impfstoff, der zur Verfügung steht (Moderna) und der aktuell im Impfzentrum verimpft wird. Da dieser schwer zu transportieren ist, wird dieser Impfstoff nur im Impfzentrum verimpft. Der BioNTech Impfstoff wird in den Alten- und Pflegeheimen und bei den ambulanten Pflegediensten zur Impfung genommen. Ab nächste Woche wird mit dem Impfstoff von Astra Seneca gerechnet und die zu erwartende konkretisierte Impfverordnung sieht vor, dass dieser Impfstoff für die bisher in den Prioritäten vorgehaltenen Personen, hier aber für die unter 65-jährigen Personen, verwendet wird.

Sie drückte ihre Hoffnung aus, dass mehr Impfstoff zur Verfügung gestellt wird Die Impfbereitschaft nimmt in den Einrichtungen zu.

Mit Sorge wird die Entwicklung der Mutationen verfolgt. Im Elisabethkrankenhaus wird das Infektionsgeschehen jetzt sequenziert, um zu sehen, ob dies an den neuen Mutationsformen liegt. Dazu wird informiert werden.

Herr Senius sagte, dass es eine Rückmeldung aus der Bevölkerung gibt, dass es sehr positiv aufgenommen wird, dass die über 80-jährigen jetzt alle von der Verwaltung angeschrieben wurden.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Dr. Schöps zum Jahresbericht des Beratungsstellennetzwerkes

Frau Dr. Schöps fragte, ob es möglich ist, dass der Jahresbericht des Beratungsstellennetzwerkes den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden kann. Ihre Fraktion hätte Interesse.

Frau Brederlow fragt den Bereich, in welcher Form dieser vorliegt und wenn dies möglich ist, kann dies veranlasst werden.

zu 8.2 Herr Senius zu Tagespflegemüttern

Herr Senius fragte, wie das Potenzial von Tagespflegemüttern in Anspruch genommen wird und ob dies in diesen Zeiten als auskömmlich erachtet wird.

Frau Brederlow fragte, ob der Bereich KiFöG hiermit gemeint wird, was Herr Senius bejahte. Sie sagte, dass dieser Bereich in der Stadt immer mehr wächst. Sie sagte zu, den Anteil dieser als auch die Anzahl, der sich in Fortbildung zur Anerkennung als Tagespflegestelle befindlichen Personen, demnächst mitzuteilen.

zu 8.3 Frau Gellert zum Haus der Wohnhilfe

Frau Gellert fragte, warum die Migranten mit Fluchterfahrungen nicht in die normalen Unterkünfte für Migranten kommen, sondern eine syrische und afrikanische Familie mehrere

Monate im Haus der Wohnhilfe untergebracht waren. Für Familien findet sie diese Unterkunft nicht angebracht.

Herr Baus antwortete, dass normalerweise die Familien eine eigene Wohnung erhalten, wenn diese aus dem Wohnzentrum ausziehen. Hier kann es sich nur um zwei Ausnahmen handeln, denen er nachgehen wird. Im Jahr 2020 wurden ca. 180 Wohnungen ausgestattet.

Frau Brederlow bat darum, dass Frau Gellert an Herrn Baus diese genannten Fälle gibt, damit dieser das prüfen kann.

Weiterhin fragte **Frau Gellert** nach der Auslastung des Hauses der Wohnhilfe und wollte wissen, ob noch Obdachlose dort Unterkunft finden.

Herr Baus antwortete, dass das Haus der Wohnhilfe gut belegt ist, aber durchaus noch Plätze vorhanden sind.

zu 8.4 Frau Gellert zu Vorschuluntersuchungen

Frau Gellert fragte, wann die Vorschuluntersuchungen stattfinden, da sich einige Eltern bereits bei ihr dazu gemeldet hatten.

Frau Brederlow antwortete, dass dies der aktuellen Situation geschuldet ist, dass diese Untersuchungen sich verzögern. Frau Dr. Gröger hat mehrere Kinderambulanzen angesprochen, die unterstützend mitarbeiten werden. Diese Vorschuluntersuchungen werden im Frühjahr mit Verzögerung stattfinden, momentan gibt es noch keine Einladungen.

zu 8.5 Frau Haupt zu Pflegeheimen

Frau Haupt fragte zu den der Presse zu entnehmenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen in Pflegeheimen nach und bat um Hintergrundinformationen dazu.

Frau Brederlow sagte, dass es für die Pflegeheime entsprechende Verordnungen gibt, die auch Bestandteil der Eindämmungsverordnung sind. Die Einhaltung der Maßnahmen wird auch bei den Pflegeheimen kontrolliert. Insgesamt sind die Pflegeheime gut vorbereitet und führen dies auch gut durch. Es gibt aber immer wieder Auffälligkeiten, wo gegen die Regeln verstoßen wurde. Neben dem Ordnungsamt kontrolliert auch die Heimaufsicht, die auch die Heime berät. Das Ordnungsamt kontrolliert nur die Zugänge, ob die Besucher registriert und getestet werden, diese Vorschrift gilt bundesweit.

zu 8.6 Herr Haak zu Aufnahmeprüfungen an weiterführende Schulen

Herr Haak fragte zu den Aufnahmeprüfungen für die 4. Klassen an, die an weiterführende Schulen kommen sollen. Gibt es da Planungen, was an der Stelle erlaubt werden kann?

Frau Brederlow antwortete, dass hier das Landesschulamt der Akteur ist und das Bildungsministerium gibt entsprechende Hygieneregeln vor.

Katzenkastration

Frau Brederlow sagte, dass die Information von Frau Dr. Schwarzer zur Katzenkastration zur nächsten Sitzung gegeben wird.

zu 9 **Anregungen**

zu 9.1 **Herr Helmich zur vereinbarten Sondersitzung**

Herr Helmich regte für die Sondersitzung an, dass die Leitung des Kinder- und Jugendhospizes für Fragen mit anwesend sein sollte. Außerdem bat er um die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Erstattung von Elternzeit, da dies der Knackpunkt für die Vertagung der Anlage 2 gewesen ist.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Frau Haupt** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit. Sie wies darauf hin, dass eine Pause von ca. 3 Minuten sein wird, um die Bedingungen für die nicht öffentliche Sitzung herstellen zu können.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführerin